



Internationaler Gewerkschaftsbund

4. WELTKONGRESS

Kopenhagen, 2. – 7. Dezember 2018

Building Workers' Power: Die Regeln neu festlegen

1. Allgemeiner und dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn er auf sozialer Gerechtigkeit basiert. (*Gründungsgrundsatz in der IAO-Verfassung*)
2. Die soziale Gerechtigkeit ist seit dem Beginn der Nachkriegszeit heute in größerer Gefahr denn je. Die wirtschaftliche, soziale und politische Instabilität gefährdet die Menschen- und die Gewerkschaftsrechte, die Grundlagen freier und demokratischer Gewerkschaftsaktivitäten.
3. Der IGB fordert die Verwirklichung einer alternativen Vision für die Lenkung der Weltwirtschaft. Ein Entwicklungsmodell, das auf Rechten, menschenwürdiger Arbeit, der Umverteilung des Wohlstandes, partizipatorischer Demokratie, Geschlechtergleichstellung sowie dem Schutz und der sozialen Inklusion aller basiert. Eine Vision, die die sozialen, ökologischen und politischen Dimensionen berücksichtigt und über reines Wirtschaftswachstum hinausgeht. Es bedarf eines neuen Gesellschaftsvertrages für das 21. Jahrhundert.
4. Im Jahr 2018 können wir auf die Gründung des ersten Gewerkschaftsdachverbandes vor 150 Jahren in Großbritannien zurückblicken. Und vor 70 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Das Vermächtnis dieser Errungenschaften liegt in unserer Hand.

Unser Organisationsziel

5. Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat den Auftrag, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Organisationsarbeit mehr Macht zu verschaffen: Building **Workers' Power**. Dazu müssen wir unsere Mitgliederzahlen erhöhen. Der Kongress legt als Organisationsziel die 10-prozentige Erhöhung des IGB-Mitgliederstandes bis zum nächsten Kongress fest. Das erfordert sowohl traditionelle Organisationsmethoden mit einer relativ stabilen Arbeitnehmerschaft als auch Neuerungen mit Blick auf die sich verändernden Rahmenbedingungen, denen sich viele von uns, vor allem jüngere Beschäftigte, gegenübersehen, bei denen die Arbeitsbeziehungen und die Produktion selbst stärker vernetzt und mobiler sind, die aber dennoch organisiert werden können und müssen. Der IGB wird soziale Gerechtigkeit für alle Gruppen von Beschäftigten als zentrales Element einer globalen antifaschistischen Front fördern.

Ein gescheitertes System

6. Das Wirtschaftssystem und das aktuelle Globalisierungsmodell kommen Kapitaleignern überproportional zugute. Die Finanzkrise hat das inhärente

Marktversagen dieses Systems deutlich gemacht, das auch nach der Konjunkturerholung fortbesteht. Die großen Finanzinstitute, die den Zusammenbruch des Finanzsystems verursacht haben, haben wieder das Sagen. Die Realwirtschaft hat nach wie vor unter unzureichend regulierten Finanzmärkten zu leiden, und durch Fusionen und Akquisitionen sind in einigen Branchen Monopole entstanden. Es wurde nicht genug investiert, um eine Konjunkturerholung zu bewirken, die den meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommt, während gleichzeitig die Ungleichheit größer geworden ist und das reichste eine Prozent mittlerweile mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens kontrolliert.

7. Der Umfang und die Rolle des Staates sind seit den 1980er Jahren unter Beschuss geraten. Die Steuersysteme sind weniger progressiv und die Umverteilungsmacht des Staates ist geringer geworden. Innerstaatliche steuerpolitische Maßnahmen, die die Steuerprogressivität aushöhlen, und das Versäumnis von Regierungen und internationalen Institutionen, internationales Steuerdumping, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu bekämpfen, haben Umverteilungsmaßnahmen weiter untergraben.
8. Nachdem der öffentliche Sektor den Finanzsektor durch Hilfsmaßnahmen gerettet hat, haben Großbanken und konservative Denkfabriken paradoxerweise versucht, den öffentlichen Sektor weltweit zu schwächen. Sie haben fiskalpolitische Sparmaßnahmen und Einschnitte bei der sozialen Sicherheit forciert, durch die die Einkommens- und die wirtschaftliche Sicherheit erwerbstätiger Familien untergraben wird. Die Regierungen haben im Namen einer Reformpolitik neoliberale Änderungen an der Arbeitsmarktregulierung vorgenommen, durch die die Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen, die Beschäftigungssicherung und andere grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte unter Beschuss geraten sind und ausgehebelt wurden.
9. Regierungen und Konzerne sind weiter dabei, hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu untergraben, obwohl belegt ist, dass die allgemeine Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, einschließlich Renten und Arbeitslosenunterstützung, eine der wirksamsten Möglichkeiten ist, um Vermögen umzuverteilen und Ungleichheit zu bekämpfen sowie Innovationen zu unterstützen und zu fördern. Unabhängige, hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Sozialschutz für alle sind unerlässlich für die Demokratie und ihre Untergrabung schürt Populismus und Extremismus.
10. Multinationale Unternehmen nutzen die schwindenden Befugnisse des Staates aus, indem sie Handelsabkommen zur Umgehung von Regulierungsmaßnahmen missbrauchen und auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbereiche drängen. In Ländern mit hohen Investitionen aus dem Ausland haben sich die Arbeitsbedingungen, die Löhne und die soziale Sicherheit nicht verbessert, und die Informalität ist nicht geringer geworden.
11. Durch den Fokus auf die Wirtschaft anstatt auf die Gewerkschaften und demokratische zivilgesellschaftliche Gruppen ist es im Rahmen der

Entwicklungszusammenarbeit größtenteils nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass das Wirtschaftswachstum erwerbstätigen Familien zugutekommt und die Lebensbedingungen in nachhaltiger Weise verbessert.

12. Ein paar Unternehmen verfügen über ungebremste Macht, und 80 Prozent der weltweiten Gewinne entfallen auf nur 10 Prozent der börsennotierten Konzerne. Sie hängen von einer weltweiten Arbeitnehmerschaft ab, von der weniger als 60 Prozent über einen formellen Arbeitsvertrag verfügen. Die meisten Beschäftigten sind prekären, unsicheren und häufig gefährlichen Bedingungen ausgesetzt, oftmals ohne soziale Absicherung. Vierzig Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen kämpfen in der informellen Wirtschaft ums Überleben, ohne Rechte, ohne Mindestlohn und ohne Sozialschutz. Die Tatsache, dass bis zu 45 Millionen Menschen moderner Sklaverei ausgesetzt sind, unterstreicht die skandalöse Ausbeutung in einer Welt, die von unternehmerischer Profitgier beherrscht wird. Gleichzeitig lenken globale Lieferketten den Wohlstand in Richtung einer Handvoll Konzerne auf Kosten der Beschäftigten, die entlang dieser Lieferketten arbeiten.
13. Die Ungleichheit historischer Ausmaße und die Massenarbeitslosigkeit sind das Ergebnis der „Trickle-down-Politik“ und der in jüngster Zeit angewandten Sparmaßnahmen. Diese gescheiterten Rezepte haben tiefgreifende negative Auswirkungen auf erwerbstätige Menschen, wobei Frauen die Hauptlast zu tragen haben.
14. Die Demokratie ist dabei ein Kollateralschaden, korrumpiert durch die Konzentration des Reichtums in zu vielen Ländern. Die Panama Papers, die Bahamas Leaks und die Paradise Papers haben das Ausmaß des Problems deutlich gemacht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich aufgrund ihrer Stellung innerhalb von Institutionen in einer guten Position, um Korruption, Betrug und die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern aufzudecken und zu entlarven. Wer Steuerbetrug von Unternehmen oder andere ernsthafte Probleme im Arbeitsleben aufdeckt, sollte umfassenden Schutz genießen.
15. Tragisch ist, dass dieses ausbeuterische Wirtschaftsmodell von den meisten Regierungen begünstigt wird, indem sie entweder aktiv dazu beitragen oder passiv dulden, dass die Menschen- und Arbeitnehmerrechte unter Beschuss und die Löhne und der soziale Schutz unter Druck geraten. Die Regeln der globalen Wirtschaft begünstigen einige wenige, erhöhen die Ungleichheiten, enthalten immer mehr Menschen ein Leben in Würde vor, führen zu mehr Privatisierungen, zur Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors und zu massiver Unzufriedenheit. Die Regeln müssen neu festgelegt werden.
16. Der Multilateralismus hat versagt, wenn es darum geht, die repressive nationalistische Welle in aller Welt aufzuhalten. Die Vereinten Nationen und die multilateralen Organisationen, einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen, mit Mandaten, die von Sicherheit, Entwicklung, Umwelt, Menschenrechten, Frauen, Flüchtlingen, Finanzen und Handel bis hin zur Verbesserung des Lebens von Kindern reichen, sind wirkungslos geworden und müssen reformiert werden.

17. Wo die arbeitende Bevölkerung keinen Anteil am Gewinn erhält, der ihnen von Politikern versprochen wurde, zeigt sich das Erstarken rechtspopulistischer Parteien.
18. Auf politischer Ebene ist es zu tektonischen Verschiebungen gekommen. In vielen Ländern sind extremistische Parteien an der Macht, die Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Protektionismus und diplomatische Spannungen schüren.
19. Dies geht mit anderen immensen Herausforderungen einher: dem Arbeitsplatzmangel, dem Altern vieler Gesellschaften, dem Klimawandel, einer neuen Welle technologischer Neuerungen und dem Entstehen neuer Geschäftsmodelle wie digitaler Plattformen und neuer atypischer Arbeitsformen.
20. Die Achtung der Kernarbeitsnormen, insbesondere der IAO-Übereinkommen 87 und 98, muss im Mittelpunkt der erforderlichen Reformen stehen. Diese Normen sind allgemeingültige Menschenrechte. Unsere Alternative ist ein in Nachhaltigkeit und Umweltschutz sowie regionaler Integration und produktiver Komplementarität verankertes Globalisierungsmodell, bei dem Handelsabkommen verbindliche Klauseln zu nachhaltiger Entwicklung, Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer/innen, Menschenrechten und Umwelt, die Möglichkeit, diese Rechte geltend zu machen, sowie die Bestätigung der staatlichen Regulierungsbefugnis und Pflicht, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, beinhalten. Der IGB fordert die breitestmögliche Anwendung derartiger Schutzmaßnahmen, auch in Sonderwirtschaftszonen, sowie angemessene Strafen bei Nichteinhaltung. Wir lehnen private Streitschlichtungsregelungen im Rahmen von Handelsabkommen ab.
21. Die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs), das Pariser Klimaschutzabkommen und die Verhandlungen über ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte geben zwar Anlass zu einem gewissen Optimismus, aber das Versäumnis, Frieden zu schaffen, für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen, hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle zu finanzieren, die Migration global zu lenken oder Flüchtlinge wiederanzusiedeln, ganz zu schweigen davon, die unfairen Handelsvorteile der reichsten Nationen zu begrenzen oder die Ungleichheit zu vermindern, führt zu einem Teufelskreis aus Misstrauen und Distanziertheit.
22. Die Versprechen der SDGs – Armutsbeseitigung, Gleichstellung und Selbstbestimmung der Frau, menschenwürdige Arbeit, Entwicklung, Nachhaltigkeit und mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit – können nur verwirklicht werden, wenn wir der Jagd nach Profiten ein Ende setzen, den Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten gewinnen und die Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen sicherstellen.
23. In einer Welt mit begrenzten Ressourcen, in der weite Teile der Bevölkerung nach wie vor unterhalb der Armutsgrenze leben oder von Ausgrenzung betroffen sind, ist das aktuelle Wachstumsmodell unhaltbar für künftige Generationen. Der IGB wird gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen an der Konzipierung eines nachhaltigen Entwicklungsmodells im Rahmen der SDGs und der UN-Agenda 2030

arbeiten. Der Kongress verweist auf die Aktionsagenda von Addis Abeba zur Entwicklungsfinanzierung als globales Rahmenwerk für die Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung.

Unsere Lösung

24. Der Kongress verpflichtet den IGB zum Streben nach der Verwirklichung unserer alternativen Vision, mit einem neuen öffentlich und demokratisch kontrollierten Gesellschaftsvertrag, bei dem die Menschen im Vordergrund stehen und der für gerechte Übergänge, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie soziale Gerechtigkeit sorgt.
25. Der neue Gesellschaftsvertrag muss auf einem soliden ethischen Fundament basieren, was eine Reform der multilateralen Institutionen und des globalen Ordnungsrahmens erfordert, um für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Es kann keine Kompromisse geben, wenn es um makroökonomische Maßnahmen geht, die nicht für inklusives Wachstum, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sorgen. Der neue Gesellschaftsvertrag muss sicherstellen, dass sowohl die Regierungen als auch die Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden.
26. Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bieten eine Gelegenheit, Ziele voranzubringen, die für die Gewerkschaftsbewegung von entscheidender Bedeutung sind. Ziel 5 (Geschlechtergleichstellung), Ziel 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und Ziel 10 (Ungleichheit verringern) sind dabei von besonderem Interesse. Der Kongress beauftragt den IGB, sich für eine zentrale Rolle der IAO in diesen Bereichen einzusetzen und die Mitgliedsorganisationen bei der Nutzung der SDGs als Lobbyinstrument gegenüber ihren Regierungen zu unterstützen, indem Informationen bereitgestellt und Diskussionen gefördert werden. Von diesen Zielen sollten sich auch internationale Organisationen und die Entwicklungszusammenarbeit leiten lassen, vor allem Finanzinstitutionen wie der IWF, die Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken. Die Achtung der Arbeitnehmer- und der Gewerkschaftsrechte ist ein wichtiger Faktor mit Blick auf Armutsabbau, inklusives Wachstum und widerstandsfähige Volkswirtschaften.

Unser Engagement

27. Der Kongress beschließt vier Säulen für die künftige Arbeit:
 - Frieden, Demokratie und Rechte
 - Regulierung der Wirtschaftsmacht
 - Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge
 - Gleichstellung
28. Jede dieser vier Säulen wird durch Forderungen nach progressiven wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, Gleichberechtigung und Investitionen in Arbeitsplätze sowie den grundlegenden Menschen- und Arbeitnehmerrechten, die für die Gestaltung der Zukunft der Arbeit unerlässlich sind, untermauert. Diese

Ambitionen sind nur zu verwirklichen, wenn sie durch unsere eigenen Investitionen in die Organisationsarbeit unterstützt werden, um Gewerkschaftswachstum zu ermöglichen und den Beschäftigten mehr Macht zu verschaffen. Die Versprechen der SDGs und des Pariser Klimaabkommens können nur in einer Zukunft verwirklicht werden, in der für menschenwürdige Arbeit mit Vollbeschäftigung, sozialem Zusammenhalt und gerechten Übergängen gesorgt ist.

29. Mit diesen Säulen können wir den neuen Gesellschaftsvertrag als Grundlage für die Verwirklichung der SDGs konzipieren und liefern.
30. Der IGB kämpft für die Sache der Gewerkschaften auf internationaler Ebene und hat die Aufgabe, die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Zu diesem Zweck verpflichtet der Kongress den IGB zu praktischen globalen Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen und -strukturen, den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen in allen Tätigkeitsbereichen. Der IGB muss zur Schaffung der Rahmenbedingungen beitragen, unter denen die nationalen Gewerkschaftsdachverbände ungehindert Organisations- und Mobilisierungsarbeit verrichten können, ohne von Regierungen oder Arbeitgebern bedroht zu werden, wobei die Unterschiede zwischen den Gewerkschaften in Bezug auf den kulturellen Hintergrund, die Struktur und den Auftrag zu berücksichtigen sind.
31. Der IGB bemüht sich um institutionelle Reformen, wobei geschlossenes Auftreten und Koordination unerlässlich für eine politische Massenmobilisierung sind. Zu diesem Zweck wird der IGB Einheit auf nationaler Ebene fördern und dabei der Vielfalt der Mitgliedsorganisationen gebührende Aufmerksamkeit schenken und Pluralismus respektieren.
32. Der Kongress appelliert an den IGB, in uneingeschränkter Zusammenarbeit mit den IGB-Regionen, den Globalen Gewerkschaftsföderationen und den nationalen Dachverbänden umfassende Kampagnen-, Kommunikations- und Bildungsstrategien zu entwickeln, dabei die unterschiedlichen Realitäten überall auf der Welt zu berücksichtigen und den Schwerpunkt auf eine klare Arbeitsteilung unter den verschiedenen Akteuren zu legen. Dies sind wichtige Themen für alle Akteure, aber die Aufgabe ist nicht überall dieselbe.
33. Der Kongress bekräftigt, dass Gewerkschaftsdichte und -einheit eine unentbehrliche Basis für die IGB-Bewegung sind und verpflichtet sich zu umfassenden Bemühungen auf diesem Gebiet. Der Kongress ist sich der Rolle der Regionalorganisationen und -strukturen bei ihren Anstrengungen, Aktivitäten und Erfolgen an vorderster Front der IGB-Aktionen bewusst. Der Kongress verpflichtet sich zur Bereitstellung von mehr Ressourcen für die Regionen.
34. Der Kongress verpflichtet sich zu einem konstruktiven Engagement gegenüber Nicht-IGB-Mitgliedsorganisationen im Einklang mit unseren Werten und Prinzipien, um die globale Präsenz des IGB auszubauen.

35. Der Kongress bestätigt, dass die Förderung und Verteidigung grundlegender Arbeitnehmerrechte höchste Priorität für den IGB hat. Zu diesem Zweck wird der IGB eine kohärente, auf Inklusion abzielende und abgestimmte Strategie verfolgen und in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen neue und solidere Kampagneninstrumente und Netzwerk-Kapazitäten entwickeln.

1. Frieden, Demokratie und Rechte

36. Bewaffnete Konflikte, die wachsende Zahl hybrider Konflikte, die Militarisierung der Gesellschaften und die Schwächung der Demokratie untergraben die Vereinigungsfreiheit, stellen eine Gefahr für die körperliche Unversehrtheit von Organisator/innen und führenden Vertreter/innen der Gewerkschaften dar und beeinträchtigen letztendlich die Macht und Stärke der Gewerkschaftsbewegung. Da es weltweit weniger als 12 Länder gibt, die nicht entweder direkt, durch Bündnisse, Waffengeschäfte, Militär- oder Friedenssicherungseinsätze in Konflikte verwickelt sind, ist offensichtlich, dass die Regierungen der meisten Länder zu Konflikten und Ausschluss tendieren.
37. Wir bekräftigen die bei der Gründung des IGB verabschiedete Grundsatzerklärung, in der es u.a. heißt: *Der Bund verpflichtet sich zur Förderung und zum Einsatz für den Schutz der Demokratie überall, damit die für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte erforderlichen Bedingungen für alle Menschen gegeben sind. Er wird überall für kollektive Rechte und persönliche Freiheiten, einschließlich Gedankenfreiheit, des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, eintreten. Er tritt nachdrücklich für die Wahrung und Stärkung des Friedens ein und verschreibt sich einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und einer generellen Abrüstung.*
38. Für Frieden, Demokratie und Rechte einzutreten, bedeutet die Durchsetzung eines menschenwürdigen Lebensstandards für alle. Es bedeutet soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Fairness. Es bedeutet Zugang zu kostenloser hochwertiger öffentlicher Bildung für alle und zu hochwertigen öffentlichen Gesundheits-, Betreuungs- und Wohnungsangeboten. Es bedeutet auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und insbesondere auf Pressefreiheit, um eine unterrichtete, aktive und engagierte Bevölkerung zu gewährleisten. Es bedeutet Solidarität zwischen den Generationen und die uneingeschränkte Berücksichtigung der Hoffnungen und Bestrebungen junger Menschen.
39. Der IGB ist den in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten grundlegenden Rechten und Freiheiten uneingeschränkt verpflichtet.
40. Der Kongress bekräftigt die Verteidigung der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte als zentrale Priorität des IGB. Der IGB wird sich für eine freie, unabhängige, demokratische und repräsentative Gewerkschaftsbewegung überall auf der Welt einsetzen. Dem Ausschuss für Menschen- und Gewerkschaftsrechte und dem jährlichen Globalen Rechtsindex wird größere Bedeutung beigemessen.

DIE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

41. Der jährliche Globale Rechtsindex des IGB hat gezeigt, dass die demokratischen Spielräume im letzten Jahr in 54 Ländern eingeschränkt wurden und dass die Zahl der Länder, in denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer körperlicher Gewalt und Drohungen ausgesetzt sind, während desselben Zeitraums auf 65 Länder gestiegen ist. In 59 Ländern wurden Gewerkschafter/innen verhaftet oder inhaftiert. Mehr Menschen denn je werden vertrieben, es besteht die reale Gefahr eines Atomkrieges, ebenso wie die einer steigenden Zahl bedrohlicher hybrider Zwischenfälle, und Demokratien sind zunehmend machtlos gegenüber Autoritarismus und Diktatur, die auf dem Vormarsch sind. Die unbeirrbare Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu Frieden und demokratischen Rechten und Freiheiten bedeutet, dass die Arbeitnehmer/innen an vorderster Front stehen, wenn es darum geht, zunehmend autokratischen Regierungen und dem damit einhergehenden Militarismus entgegenzutreten.
42. Hochwertige öffentliche Bildung für alle ist eine Voraussetzung für Demokratie. Lernen, kritisch zu denken, ist unerlässlich für die Entwicklung und Wahrung der Demokratie.
43. In immer mehr Ländern müssen diejenigen, die für die Arbeitnehmer- und Menschenrechte, für Frieden und die Umwelt eintreten, mit Inhaftierung, Verschleppung oder sogar Mord rechnen. Die Gewerkschaften müssen sich solidarisch für Frieden, demokratische Rechte und Freiheiten einsetzen, und die Regierungen müssen unserem Beispiel folgen.
44. Der Kongress betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der Grundlage gemeinsamer Werte und unter uneingeschränkter Berücksichtigung der Kompetenzen und Verschiedenartigkeit der Partner. Eine solche Zusammenarbeit bietet die Gelegenheit, breitere Unterstützung für die Gewerkschaftspositionen zu mobilisieren, während gleichzeitig die Anliegen dieser Organisationen in den sozialen Dialog einfließen können.
45. Das Erstarken von Diktaturen und autoritären Machthabern selbst in demokratischen Ländern, die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schüren, Diskriminierung, sexuelle Belästigung und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt im Zuge von Frauenfeindlichkeit legitimieren oder demokratische Rechte und Freiheiten einschränken, führt zu Ängsten, Spaltungen und Ausschluss. Dies wiederum nährt Terrorismus und Konflikte.
46. Der Kongress äußert zudem Besorgnis über die Folgen, die das Entstehen mächtiger Informationstechnologie-Konzerne und deren Nutzung von Daten zur Beeinflussung von Wahlen und der öffentlichen Meinungsbildung für die Demokratie haben. Das Entstehen dieser Konzerne stellt eine enorme Gefahr dar und dürfte den von den Gewerkschaften angestrebten progressiven Reformen zugunsten von Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit abträglich sein.

KONFLIKTE BEENDEN

47. Der Kongress verurteilt erneut Terrorismus in all seinen Formen und unter welchem Vorwand auch immer, ebenso wie Maßnahmen, die unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung individuelle und kollektive Menschenrechte verletzen. Bemühungen, die darauf abzielen, den Terrorismus zu besiegen, müssen bei dessen Ursachen ansetzen, insbesondere u.a. bei Armut, Ungerechtigkeit, Diskriminierung aus ethnischen und religiösen Gründen sowie Arbeitslosigkeit. Zudem müssen die Verbindungen zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität durch internationale Zusammenarbeit unterbrochen werden.
48. Es gibt viele Länder, in denen es vermehrt zu Konflikten in den Grenzregionen oder wegen territorialer Ansprüche mit ethnischen Spannungen und in vielen Fällen terroristischen Gruppen kommt. Der Kongress bekräftigt, dass der IGB auch künftig mit lauter Stimme solidarisch für Frieden, Abrüstung, Demokratie und Rechte überall auf der Welt eintreten wird. Den Gewerkschaften kommt nach Konflikten ebenso wie nach Naturkatastrophen eine zentrale Rolle zu. Der Kongress fordert die Regierungen auf, die neue IAO-Empfehlung 205 betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz zu unterstützen und einzuhalten. Dieses Instrument liefert wertvolle Orientierungshilfen für die Konfliktvermeidung und den Wiederaufbau nach einem Konflikt.
49. Der IGB ist einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen verpflichtet, angefangen mit der uneingeschränkten Inkraftsetzung des Atomwaffensperrvertrages und des Chemiewaffenübereinkommens. Zudem muss die Verbreitung von Kleinwaffen eingedämmt werden, und wir fordern eine Senkung der Militärausgaben sowie die Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine nachhaltige Industrieproduktion. Die dadurch frei gewordenen Mittel sollten in unerlässliche öffentliche Dienstleistungen, öffentliche Investitionen, menschenwürdige Arbeitsplätze und die Erreichung des für die offizielle Entwicklungshilfe angepeilten Ziels von 0,7 Prozent des BNE umgelenkt werden. Der IGB unterstützt nachdrücklich den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und wird sich um eine rasche Ratifizierung bemühen.
50. Wir lehnen die Instrumentalisierung und die Zwangsrekrutierung von Frauen und jungen Menschen im Rahmen bewaffneter Konflikte überall auf der Welt ab und verurteilen sämtliche Formen von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, LGBTQI-Personen und ethnischen sowie indigenen Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten.
51. Der Kongress erkennt an, dass für das Erreichen von Geschlechtergleichstellung, soziale Gerechtigkeit, dauerhaften Frieden und Demokratie das Recht aller Frauen auf körperliche Selbstbestimmung, die Befähigung, Einkommen und eigene Mittel zu erzielen, und ihre uneingeschränkte Beteiligung an Entscheidungen, die Auswirkungen auf ihr Leben oder ihre Gemeinde haben, grundlegend ist.
52. Globale Solidarität ist Teil unserer Identität, und wir werden auch künftig Seite an Seite mit den Gewerkschaften und den Menschen in Ländern stehen, die unter

Konflikten, einer Besatzung oder Diktatur zu leiden haben, in denen keine Rechtsstaatlichkeit herrscht oder demokratische Freiheiten nicht garantiert sind.

GLOBALE SOLIDARITÄT

53. Palästinas Besatzung dauert seit nunmehr 50 Jahren an. Wir haben die Bedingungen für einen gerechten und nachhaltigen Frieden wiederholt befürwortet, insbesondere im Einklang mit den UN-Sicherheitsratsresolution 242 und 338. Diese Position bekräftigen wir.¹
54. Die anhaltende israelische Besatzung des Westjordanlandes, die Existenz illegaler israelischer Siedlungen dort und deren Auswirkungen auf das Leben der Palästinenser schränken die Möglichkeiten mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Palästinas ernsthaft ein. Unter den aktuellen Bedingungen sind Hunderttausende palästinensische Beschäftigte nicht in der Lage, eine Arbeit zu finden, was zu weit verbreiteter Verzweiflung und Desillusionierung führt. Viele palästinensische Beschäftigte, die auf prekäre Tätigkeiten in Israel und den Siedlungen angewiesen sind, arbeiten unter ausbeuterischen Bedingungen. Maßnahmen zur Förderung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für sie sind dringend notwendig. Staaten und Unternehmen sollten davon abgebracht werden, Aktivitäten im Zusammenhang mit den illegalen Siedlungen direkt oder indirekt zu ermöglichen oder davon zu profitieren.
55. Die Besatzung muss enden, die illegalen Siedlungen müssen geräumt werden, und Israel muss sich vollständig von palästinensischem Grund und Boden zurückziehen und die Trennmauer beseitigen. Im Einklang mit unserer Verpflichtung zu einer Zwei-Staaten-Lösung mit sicheren Grenzen für beide Nationen rufen wir alle Länder dazu auf, Palästina unverzüglich als souveränen Staat mit Ostjerusalem als seiner Hauptstadt anzuerkennen. Das wird dazu beitragen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in einem freien und unabhängigen Palästina zu bekräftigen.
56. Wir erkennen die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Histadrut und PGFTU an und begrüßen diese, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarung, Mitgliedsbeiträge palästinensischer Beschäftigter zu transferieren.
57. Der IGB bekräftigt den Beschluss seines 3. Weltkongresses und verurteilt das Leid des saharaischen Volkes, das bereits ein halbes Jahrhundert andauert, und fordert alle am Westsahara-Konflikt beteiligten Parteien dringend auf, eine gerechte und dauerhafte Lösung zu finden, im Rahmen von Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und auf der Grundlage der Prinzipien Freiheit und Demokratie.
58. In gleichem Maße unterstützen wir die Forderungen der Menschen nach Frieden und Sicherheit in anderen von Konflikten heimgesuchten Ländern, darunter Afghanistan, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Irak, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Die Welt kann ihre Augen nicht vor dem Tod

¹ https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/O9_Final_Resolution_-_Peace_Disarmament_and_UN_-_March_-_DE.pdf

und der Zerstörung, denen unschuldige Zivilisten ausgesetzt sind, sowie vor der Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur verschließen.

59. Die gegen die Rohingya in Myanmar gerichteten Gräueltaten gehören zu den schlimmsten der vergangenen beiden Jahre, mit dem erneuten Erstarken der Macht und Gewalt des Militärs im Land. Das Versprechen der Befreiung und Demokratie für dieses Land wird durch die grausame Behandlung eines Volkes getrübt, das lediglich in Frieden leben möchte. Das weitestgehende Stillschweigen der Nachbarländer und Weltmächte trotz Sicherheitsratsresolutionen muss verurteilt werden. Die Gewerkschaftsbewegung tritt seit mehr als 25 Jahren für das Recht aller Menschen in Myanmar auf Frieden, Demokratie und grundlegende Rechte ein und wird dies auch weiterhin tun.
60. Chinas Infrastrukturprojekt „**Neue Seidenstraße**“ sollte mit Blick auf Auswirkungen auf die Menschen- und Gewerkschaftsrechte, bürgerliche und politische Rechte, Landrechte und die Souveränität anderer Länder beobachtet werden.
61. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ländern mit dem Rating 5 im Globalen Rechtsindex werden ihre Rechte systematisch verweigert. In diesen Ländern können Rechte nur sehr begrenzt wahrgenommen werden und in zu vielen von ihnen verschlechtert sich die Rechtslage kontinuierlich weiter, darunter in Weißrussland, Griechenland, Kasachstan, der Türkei und der Ukraine in Europa; in Benin, Nigeria und Swasiland in Afrika; in Bangladesch, Kambodscha, China, Fidschi, Hongkong, Indien, Indonesien, Iran, Korea, Laos, Myanmar, Pakistan und den Philippinen in Asien und im Pazifik; in Bahrain, Ägypten, Saudi-Arabien und den VAE im Nahen Osten sowie in Kolumbien, Ecuador, Guatemala, Honduras und Mexiko in Gesamtamerika.
62. In Ländern mit dem Rating 5+ im Globalen Rechtsindex, darunter Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Eritrea, Libyen, Palästina, Somalia, Südsudan, Sudan, Syrien und Jemen, ist die Rechtsstaatlichkeit zusammengebrochen. Der IGB begrüßt den Friedensvertrag zwischen Eritrea und Äthiopien und hofft, dass er beiden Ländern und dem Horn von Afrika eine konstruktive demokratische Entwicklung ermöglichen kann.
63. Der Kongress verpflichtet den IGB dazu, den Ländern in diesen beiden Index-Kategorien bei seinen Solidaritätsaktionen höchste Priorität einzuräumen.
64. Der Kongress stellt fest, dass selbst in Ländern, die über generelle Gewerkschaftsgesetze verfügen, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst oftmals grundlegende gesetzlich verankerte Rechte wie das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Tarifverhandlungen verweigert werden. Von Feuerwehrleuten in Japan bis zu Beschäftigten im Gesundheitswesen, die in Afrika gegen Ebola kämpfen, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden ihre Menschenrechte routinemäßig verweigert, während sie im Dienste der Öffentlichkeit ihr Leben bei der Arbeit riskieren. Die Verteidigung dieser Rechte sowie die allgemeine Ratifizierung und Inkraftsetzung des IAO-Übereinkommens 151 sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeitnehmerrechtsagenda des IGB.

65. Der IGB wird mobilisieren gegen Gefahren für die Demokratie, wie wir sie mit der gestohlenen Wahl 2017 und der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste in Honduras, den Parlamentsputschen in Paraguay, Honduras und Brasilien und dem Abhalten bestimmter Gruppen von einer Wahlbeteiligung in den USA erlebt haben.
66. Brasilien ist eine Geschichte unternehmerischer und politischer Korruption, beginnend mit einem politischen Putsch gegen Präsidentin Dilma, den Politiker orchestriert haben, von denen mehr als 200 selbst der Korruption bezichtigt werden, die aber aufgrund ihres Amtes Immunität genießen. Die unrechtmäßige Regierung von Präsident Temer hat die Arbeitnehmerrechte, Mindestlöhne und den Sozialschutz unter Beschuss genommen und Massenarbeitslosigkeit erzeugt. Und mit dem missionierenden Richter Moro und der Unterstützung des Medienemporioms Globo wird versucht, Lula hinter Gitter zu bringen, damit er nicht noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren und ihre Machtposition beenden kann. Trotz fehlender Beweise wurde er jetzt wegen Korruption zu 12 Jahren Haft verurteilt. Der IGB steht zu Lula und fordert die Menschen auf, bei der Kampagne zu seiner Unterstützung mitzumachen. Der Kongress steht solidarisch an der Seite unserer Mitgliedsorganisationen und der Menschen in Brasilien, damit dieses korrupte Parlament abgesetzt wird.
67. Der IGB unterstützt seine Mitgliedsorganisationen in Venezuela bei ihrem Kampf für den Ausbau der Demokratie und des Dialogs und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Menschen in Venezuela bei der Bewältigung der enormen Schwierigkeiten, denen sie sich aufgrund der gegen das Land verhängten Wirtschaftsblockade gegenübersehen.
68. Der Kongress bekräftigt seine Unterstützung der legitimen Gewerkschaftsbewegung in Somalia und verurteilt die innerhalb der Regierung unternommenen Versuche, die Vereinigungsfreiheit zu untergraben.
69. Der IGB hat tiefste Besorgnis angesichts der Entwicklungen in der Türkei seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 zum Ausdruck gebracht. Der IGB und der EGB haben sich hinter die gemeinsame Erklärung der türkischen Mitgliedsorganisationen gestellt und werden weiterhin einen Rechtshilfe-Fonds und andere Mittel zur Verteidigung von Gewerkschaftsmitgliedern unterstützen. Der Kongress bekräftigt seine solidarische Unterstützung der türkischen Mitgliedsorganisationen bei ihren Bemühungen.
70. Während die kolumbianischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen mit anderen sozialen Bewegungen um Frieden bemüht sind, hat es die Regierung von Iván Duque versäumt, Fortschritte bei der Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Regierung und der FARC zu erzielen. Zudem hat sich der Prozess einer politischen Aussöhnung mit der Nationalen Befreiungsbewegung ELN festgefahren. Der IGB verurteilt die Ermordung gesellschaftlicher Führungspersonlichkeiten und fordert die Fortsetzung des Friedensprozesses. Der IGB wird an diesbezüglichen Friedenskonferenzen im Jahr 2019 in Europa und Kolumbien teilnehmen.

GRUNDLEGENDE NORMEN UND DAS STREIKRECHT

71. Der Kongress unterstreicht erneut seine solidarische Unterstützung aller Mitgliedsorganisationen, die gegen die Missachtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, ob seitens der Wirtschaft oder des Staates, mobilmachen und sich dagegen organisieren. Der Kongress verurteilt zudem vehement die Offensive der IAO-Arbeitgebergruppe seit 2012 gegen die allgemeine Anerkennung des Streikrechtes im Rahmen des Übereinkommens 87. Die IAO-Arbeitnehmergruppe spielt eine zentrale Rolle beim Schutz und bei der Weiterentwicklung der IAO-Normen und -strategien.
72. Laut UN-Menschenrechtsrat ist das Streikrecht seit Jahrzehnten im internationalen Recht verankert, in internationalen oder regionalen Instrumenten, ebenso wie in den Verfassungen von mindestens 90 Ländern. Das Streikrecht ist in der Tat Teil des Völkergewohnheitsrechts geworden. Dieses Argument vertritt der Sachverständigenausschuss der IAO seit geraumer Zeit. Er hat wiederholt betont, dass das Streikrecht eine logische Folge der Vereinigungsfreiheit sei und somit unter das IAO-Übereinkommen 87 falle. Auch der IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit hat sich in vielen spezifischen Situationen angesichts des relativen Machtungleichgewichts zugunsten der Arbeitgeber am Arbeitsplatz konsequent für die Notwendigkeit des Streikrechts ausgesprochen.
73. Ohne Streikrecht werden erwerbstätige Menschen zu Sklaven und den ausbeuterischsten und unsichersten Arbeitsbedingungen ausgesetzt, und die Möglichkeit wirksamer Tarifverhandlungen wird ihnen verweigert. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene für dieses grundlegende Menschenrecht zu kämpfen.
74. Die Angriffe der Arbeitgeber zielen darauf ab, die Überwachungsorgane in ihrer Funktion als Kontrollinstanz für die Durchführung der Normen zu schwächen und das institutionelle Rahmenwerk der IAO für grundlegende Arbeitnehmerrechte zu untergraben. Der Normen-Überprüfungsmechanismus, dessen Umsetzung der IGB 2015 vereinbart hat, sollte das Überwachungssystem, vorhandene internationale Arbeitsnormen und die IAO als Institution nicht schwächen. Vor diesem Hintergrund ist ein Gegenangriff die beste Verteidigung. In diesem Sinne fordert der Kongress vom IGB:
 - den Beginn einer internen Debatte über die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der IAO, um den einzigartigen Charakter der IAO zu untermauern, der sich aus ihrer dreigliedrigen Lenkungsstruktur und ihrem Normensetzungsmandat, einschließlich ihres Überwachungssystems, ableitet;
 - die Stärkung der Rolle des IGB-Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte und dessen bessere Einbindung in für die IAO relevante Aktivitäten;
 - die weitere Förderung eines demokratischen und integrativen Prozesses für die Entscheidungsfindung und die Festlegung von Strategien im Hinblick auf

- die Zukunft der IAO sowie den Austausch von Informationen und die Ermöglichung von Debatten innerhalb der Arbeitnehmergruppe des IAO-Verwaltungsrates;
- die Vorbereitung einer internationalen Demonstration anlässlich der Konferenz zur Einhundertjahrfeier zugunsten eines zweiten Jahrhunderts für die IAO zur Förderung von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit;
 - die Aufforderung an die IAO, weitere relevante und weitreichende Normen für Themen anzustreben, in deren Fall die vorhandenen Normen Lücken aufweisen;
 - die Forderung eines IAO-Übereinkommens zu Lieferketten, um die Tätigkeiten und Geschäfte multinationaler Unternehmen durch die Einführung einer obligatorischen Sorgfaltspflicht zu regulieren;
 - die Vertretung der Position, dass die Achtung von grundlegenden Rechten nicht nur die Pflicht von nationalen Regierungen ist, sondern auch von multinationalen Unternehmen.
75. Der IGB wird seine Mitgliedsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene bei der Verteidigung des Streikrechts als unerlässliches Element von Gewerkschaftsaktionen und Tarifverhandlungen unterstützen.
76. Unmittelbar vor dem hundertjährigen Bestehen der IAO fordert der Kongress eine weltweite Kampagne, die darauf abzielt, diejenigen Länder, die die grundlegenden Normen der IAO nicht ratifiziert haben, bloßzustellen und die weltweite Ratifizierung und Achtung insbesondere der Übereinkommen 87 und 98 zu erreichen. Im Mittelpunkt dieser Kampagne muss das Streikrecht stehen. Darüber hinaus wird der IGB eine umfassende mittel- und langfristige Strategie entwickeln, bei der es u.a. darum gehen wird, vorhandene IAO-Übereinkommen zu Schlüsselthemen festzustellen, die verteidigt werden müssen, und Bereiche auszumachen, in denen neue Übereinkommen erforderlich sind, um den Herausforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt zu begegnen. Der IGB wird dem Schutz und der Förderung des vorhandenen Überwachungssystems der IAO und vor allem der Rolle des Sachverständigenausschusses und des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit Priorität einräumen. Etwaige Vorschläge bezüglich der Änderung des IAO-Überwachungssystems müssen im Rahmen der IAO-Arbeitnehmergruppe und der IGB-Gremien ausführlich debattiert werden. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmermitgliedern des IAO-Verwaltungsrates erforderlich sein.
77. Das hundertjährige Bestehen der IAO und ihre Initiative zur Zukunft der Arbeit bieten eine großartige Gelegenheit, um diese Agenda voranzubringen. Der IGB wird seine Strategiedebatte über die Zukunft der Arbeit und die IAO intensivieren und vertiefen, um den Einfluss der Gewerkschaften auf die Hundertjahrfeier und die künftige Rolle der IAO zu maximieren. Dies wird auch eine öffentliche Mobilisierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern während der Feierlichkeiten aus Anlass des hundertjährigen Bestehens beinhalten.

INFORMELLE ARBEIT

78. In vielen Regionen der Welt ist informelle Arbeit die häufigste Arbeitsform. In Industrieländern entstehen neue Arbeitsbeziehungen, unter die wachsende Teile der Arbeitnehmerschaft fallen. Arbeitnehmerrechte und Sozialschutz hängen häufig von einem formellen Arbeitsverhältnis ab. Der IGB vertritt die Interessen aller Beschäftigten. Der IGB unterstreicht, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht auf wirksame Rechte bei der Arbeit, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz haben, ob es sich um ein formelles Arbeitsverhältnis handelt oder nicht.
79. In vielen Regionen sind die IGB-Mitgliedsorganisationen dabei, eine wachsende Zahl von Beschäftigten in der informellen Wirtschaft zu organisieren und Strategien zu konzipieren, um ihnen wirksame Rechte zu garantieren. Die Gewerkschaften finden innovative Wege, um den Sozialschutz auf informell Beschäftigte auszuweiten. Der IGB wird seine Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen, vielversprechende Praktiken auszutauschen und die Mitgliederwerbung auszuweiten.
80. Überall auf der Welt machen Gewerkschaften deutlich, dass kollektive Organisationsstrategien und gemeinsame Aktivitäten Erfolg haben.
81. Der IGB verpflichtet sich zur Unterstützung informell Beschäftigter, vor allem mit Blick auf die kollektive Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT BEI DER ARBEIT

82. Die Übereinkommen und Empfehlungen der IAO sind die Verbindung zwischen Arbeitnehmer- und Menschenrechten. Die Tatsache, dass der Arbeitsschutz als grundlegendes Recht bei der Arbeit nicht dazugehört, ist eine Anomalie. Das Recht auf Gesundheit endet nicht am Werktor.
83. Die Zahl der arbeitsbedingten tödlichen Verletzungen und Erkrankungen beträgt mittlerweile 2,78 Millionen pro Jahr, wobei Gewalt am Arbeitsplatz, vor allem gegenüber Frauen, die Gesamtzahl weiter erhöht.
84. Rund 20 Prozent aller Fälle von Asthma hängen mit der Arbeit zusammen, und selbst in Industrieländern kommt es erneut zum Ausbruch von Krankheiten, die man besiegt zu haben glaubte, wie etwa Staublunge. Zudem gibt es nach wie vor kein wirksames weltweites Asbestverbot.
85. Neu auftretende Epidemien arbeitsbedingter Erkrankungen und steigende psychologische Risiken, die zu Leid und Verzweiflung, Herzinfarkten, Selbstmorden, Schlaganfällen und Suchterkrankungen führen, machen deutlich, dass unsere Arbeitsplätze schlichtweg nicht sicher sind.
86. Sexuelle Belästigung ist ein weitverbreiteter Risikofaktor mit ernsthaften negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Sicherheit vieler Beschäftigter, vor allem Frauen, bei der Arbeit. Die Gewerkschaften müssen sexuelle Belästigung als ein

Arbeitsschutzproblem betrachten und Präventivmaßnahmen ergreifen, um die Gesundheit und die Sicherheit aller Beschäftigten bei der Arbeit zu schützen.

87. Gewerkschaften werden niemals akzeptieren, dass die Gefahr einer Verletzung, Erkrankung oder eines Todesfalls Teil der Arbeit ist. Das Recht auf Unterrichtung, auf Mitbestimmung und auf die Verweigerung von Tätigkeiten unter unsicheren Bedingungen ist ein Grundrecht. Die grundlegenden Normen der IAO sind ein unerlässliches Fundament für die Zukunft der Arbeit, wie wir sie uns vorstellen, und Arbeitsschutznormen müssen Bestandteil der Kernarbeitsnormen für alle Beschäftigten sein, ungeachtet der Art ihres Arbeitsverhältnisses.
88. Der zunehmende Arbeitsdruck, die Beschäftigung ungeschulter Leiharbeitskräfte und Sprachprobleme tragen erheblich zu unsicheren Arbeitsbedingungen und Unfällen bei, wie etwa im Baugewerbe.
89. Angemessene Präventiv- und Schutzmaßnahmen, einschließlich Schutz für Whistleblower, sowie Schulungen und eine klare Kommunikation am Arbeitsplatz sind wichtige Voraussetzungen für ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld. Dies gilt für alle Arbeitsplätze, sowohl für die mit einem hohen Unfallrisiko als auch für die mit einem hohen Krankheitsrisiko, einschließlich Krankheiten, die durch ein ungesundes psychosoziales Arbeitsumfeld verursacht werden. Die Arbeitgeber tragen Verantwortung für den Arbeitsschutz und müssen dabei mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, u.a. dadurch, dass sie den Arbeitsschutzbeauftragten der Gewerkschaften die Zeit, Schulung und Informationen geben, die sie brauchen.
90. Alle erwerbstätigen Menschen sollten das Recht haben, an einem sauberen Arbeitsplatz zu arbeiten, an dem es Trinkwasser und saubere Toiletten für Männer und Frauen gibt. Die Arbeitgeber müssen für saubere Bereiche mit Waschmöglichkeiten sorgen, in denen die Beschäftigten in den Pausen ihr Essen zubereiten, etwas essen und trinken können.
91. Der Kongress ist entschlossen, die weltweiten Gewerkschaftsaktionen bezüglich sämtlicher Arbeitsschutzanliegen zu intensivieren und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsschutznormen der IAO zu den Kernarbeitsnormen gezählt werden. Wir werden uns für ein weltweites Asbestverbot einsetzen und angesichts der Tatsache, dass mehr als 10 Prozent aller Todesfälle durch Krebs arbeitsbedingt sind, auf Arbeitsplätze ohne Krebsgefahren drängen: Kein Krebs durch Arbeit! Wir fordern die allgemeine Annahme der REACH-Norm (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe), um die Produktion und Verwendung chemischer Stoffe und deren potenzielle Folgen sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt unter Kontrolle zu bringen.

POPULISMUS BEKÄMPFEN

92. Die Ernüchterung gegenüber dem Konzept der Globalisierung wächst, und der Respekt vor internationalen Normen schwindet, selbst in entwickelten Volkswirtschaften. Die Kombination aus Eigennutz, mangelnder Solidarität, Profitgier, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schafft Rahmenbedingungen für

den Aufstieg rechtsgerichteter politischer Parteien und Populisten sowie für den Rückzug in den Nationalismus.

93. Die IAO ist nicht immun gegen diese Tendenzen. Die Gewerkschaften müssen das Streben dieser wichtigsten internationalen Institution nach sozialer Gerechtigkeit fördern, u.a. durch ihre dreigliedrigen Verfahren, ihre Überwachungsfunktion und ihre wichtige Arbeit im Zusammenhang mit anderen internationalen Institutionen. Die Gewerkschaften müssen sich zudem um eine Verbesserung ihrer Arbeitsweise im Interesse erwerbstätiger Menschen bemühen.
94. Der Kongress fordert eine Reform des multilateralen Systems, um Menschenrechte, geteilten Wohlstand durch eine nachhaltige Entwicklung und ein Ende der orthodoxen Auflagen des IWF zu gewährleisten, die die Sparmaßnahmen mit Angriffen auf Tarifverhandlungen, Mindestlöhne, öffentliche Dienstleistungen und Sozialschutz vorangetrieben haben. Der Kongress fordert zudem ein Ende der von der Weltbank geförderten Arbeitsmarktderegulierung und Privatisierung des Bildungswesens sowie anderer unerlässlicher öffentlicher Dienstleistungen wie des Gesundheitswesens, der Elektrizitätsversorgung, der Sanitäreinrichtungen und der Wasserwirtschaft.
95. Es reicht nicht, die vorhandenen globalen Institutionen zu reformieren. Es muss in Erwägung gezogen werden, neue zu schaffen, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Leben mitbestimmen können, vor allem angesichts der veränderten Kapitalstruktur. „**Nichts**, was uns betrifft, ohne **uns**“ muss ein Leitprinzip sein. Der Kongress bekräftigt, dass die IAO im Mittelpunkt des internationalen Systems stehen muss, um kohärente internationale Maßnahmen zugunsten sozialer Gerechtigkeit zu garantieren und sicherzustellen, dass ihre Normen, ihre Lenkungsstrukturen, ihre unabhängigen Programme und Finanzmittel sowie ihr verfassungsmäßiger Auftrag von allen internationalen Institutionen respektiert werden. Der IAO muss im Weltordnungssystem Priorität eingeräumt werden, um das Potenzial dieser normensetzenden dreigliedrigen UN-Organisation mit Blick auf die Auseinandersetzung mit den konkreten Anliegen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften voll auszuschöpfen.

UNSERE STIMME ERHEBEN

96. In einem beispiellosen Schritt hat die UN-Vollversammlung der Internationalen Handelskammer (ICC) im Dezember 2016 Beobachterstatus verliehen. Dieser Beschluss bedeutet, dass eine Wirtschaftsorganisation erstmals in beobachtender Funktion bei der UN-Vollversammlung zugelassen wurde. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die Wirtschaft eine direkte Stimme bei den Vereinten Nationen hat und die internationale Gewerkschaftsbewegung, über den IGB und die GUFs, nicht.
97. Der IGB hat allgemeinen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN. Als Schritt in Richtung auf eine Reform der UN fordern der IGB und die GUFs formellen Beobachterstatus bei der UN-Vollversammlung. Es wurde mit einer Lobbykampagne begonnen, die so lange fortgesetzt wird, bis eine wirkliche

Vertretung der Sozialpartner erreicht ist. Der Kongress verlangt zudem, dass das Recht derjenigen, die für die Vereinten Nationen arbeiten, auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen uneingeschränkt respektiert wird.

MODERNE SKLAVEREI BEENDEN

98. Der Kongress begrüßt die weltweite Fokussierung auf moderne Sklaverei, stellt jedoch auch fest, dass in den letzten fünf Jahren bis zu 89 Millionen Menschen darin gefangen waren. Den Gewerkschaften kommt eine zentrale Rolle bei der vollständigen Beendigung sämtlicher Formen von Sklaverei zu. Der IGB-Kongress hat in Berlin beschlossen, dies zu einer Priorität zu machen, und der IGB ist heute ein anerkannter federführender Akteur im Kampf gegen moderne Sklaverei.
99. Das IAO-Zwangsarbeitsprotokoll aus dem Jahr 2014 erlegt den Regierungen klare Verpflichtungen hinsichtlich der Verhinderung und Beendigung von Zwangsarbeit auf, und der IGB wird seine Bemühungen um die weltweite Ratifizierung und Inkraftsetzung dieses wichtigen Instruments intensivieren.
100. Die Beendigung moderner Sklaverei entlang globaler Lieferketten, die Unterstützung der Maßnahmen von GUFs und Mitgliedsorganisationen in spezifischen Branchen und die Fortsetzung der Kampagne für die Abschaffung des Kafala-Systems in allen Golfstaaten sind wichtige Zielsetzungen im Kampf gegen Zwangsarbeit. Besondere Aufmerksamkeit muss zudem dem Problem der Versklavung von Wanderarbeitskräften gewidmet werden.
101. Die internationale Kampagne für die Gewährleistung, dass Katar, das Gastgeberland der Fußball-WM 2022, das Kafala-System abschafft und seine Gesetze in Einklang mit den IAO-Normen bringt, hat tiefgreifende Auswirkungen in Katar gehabt und der Öffentlichkeit die weite Verbreitung moderner Sklaverei am Golf vor Augen geführt. Der IGB beglückwünscht die Mitgliedsorganisationen sowie die BHI, die ITF und die Verbündeten in der Zivilgesellschaft, die sich dafür eingesetzt haben, die ausbeuterischen Bedingungen aufzudecken, unter denen zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte an dem riesigen Infrastruktur-Programm für die FIFA-WM 2022 beteiligt sind.
102. Katar hat gegenüber dem IGB, der BHI und der ITF neue Zusagen gemacht, und es gibt inzwischen ein Programm für die technische Zusammenarbeit zwischen der IAO und der katarischen Regierung.
103. Die Aktivitäten des IGB müssen weiter vorrangig darauf abzielen, sowohl diese Errungenschaften zu sichern als auch unsere Bemühungen um die Beendigung von Sklaverei anderswo auszuweiten, vor allem gegenüber Saudi-Arabien und den VAE, die das Kafala-System nach wie vor anwenden. Ähnliche Systeme existieren auch in anderen Ländern der Region.
104. Gemeinsam mit UNI und der BHI hat der IGB zur Einrichtung des unabhängigen Zentrums für Sport und Menschenrechte beigetragen, das für einen ganzheitlichen Ansatz in der gesamten Welt des Sports sorgen wird, um Arbeitnehmer- und andere Menschenrechtsverletzungen in der Sportindustrie zu verhindern bzw. Abhilfe zu

schaffen. Bei der Prüfung von Bewerbungen um die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen werden Menschen- und Arbeitnehmerrechtskriterien berücksichtigt werden, inklusive Maßnahmen, die die Einhaltung der Normen gewährleisten, einschließlich der Sorgfaltspflicht und des Zugangs zu Abhilfe, um menschenwürdige Arbeit entlang der Lieferketten in der Bauindustrie, im Dienstleistungsgewerbe und in der Merchandising-Branche im Zusammenhang mit Sportgroßereignissen und dem Sektor generell zu gewährleisten.

105. Der IGB wird gemeinsam mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen Bemühungen unterstützen, die darauf abzielen, den Fokus der Öffentlichkeit auf Sportgroßereignisse zu nutzen, um die Latte für globale Unternehmen mit Blick auf die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen höher zu legen. Dies beinhaltet auch die Überwachungssysteme der IAO.

KINDERARBEIT

106. Die Ausmerzung von Kinderarbeit ist eine Priorität der Gewerkschaftsbewegung. Trotz der in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Fortschritte verrichten schätzungsweise nach wie vor 152 Millionen Mädchen und Jungen Kinderarbeit, 73 Millionen davon die schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Der IGB ist dem UN-Nachhaltigkeitsziel 8.7 verpflichtet, d.h. der vollständigen und nachhaltigen Beendigung von Kinderarbeit bis zum Jahr 2025.
107. Kein Staat kann sich der Verantwortung für entsprechende Gesetze, deren Einhaltung und Schutzmaßnahmen entziehen. Und kein Unternehmen kann auf Kinderarbeit direkt oder in seiner Lieferkette zurückgreifen. Der Rückgriff auf Kinder- und Zwangsarbeit sollte im Rahmen verbindlicher innerstaatlicher, regionaler und internationaler Gesetze und Verordnungen verboten sein. Die Beendigung von Kinderarbeit erfordert darüber hinaus Strategien, um sicherzustellen, dass alle Kinder eine hochwertige Bildung erhalten, ebenso wie Unterstützung für Familien, damit die Kinder zur Schule und nicht zur Arbeit gehen, und gerechte Arbeitsbedingungen für die Eltern, einschließlich der Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

2. Regulierung der Wirtschaftsmacht

108. Der Kongress erklärt das aktuelle Weltwirtschaftsmodell für ungerecht und nicht nachhaltig. Es ist ein bewusst auf Ungleichheit abzielendes Modell, bei dem globale Konzerne die Regierungen und Menschen beherrschen und die Demokratie gefährden. Erwerbstätige Menschen und ihre Familien stehen an vorderster Front des wachsenden Misstrauens gegenüber der Globalisierung, und viele verlieren den Glauben an demokratische Prinzipien selbst. Ohne eine wirksame Finanzmarktregulierung, die heute noch genauso dringend notwendig ist wie vor der Finanzkrise, ist die Weltwirtschaft nach wie vor in Gefahr.
109. Der Kongress beschließt, dass der Kampf gegen sämtliche Formen unternehmerischer Profitgier und für die Regulierung der Wirtschaftsmacht im öffentlichen Interesse intensiviert werden muss. Wir werden die zunehmende

Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit nicht hinnehmen und den Einsatz von Technologien bei der globalen Produktion in Frage stellen, wenn dadurch die Ungleichheit, einschließlich der Ungleichheit der Geschlechter, größer wird. Es ist an der Zeit, die Regeln neu festzulegen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird niemanden zurücklassen.

110. Der Kongress fordert die allgemeine Anerkennung und Achtung der Tarifverhandlungssysteme auf allen Ebenen, der Vereinigungsfreiheit und grundlegenden Arbeitnehmerrechte durch alle internationalen Organisationen, insbesondere durch die internationalen Finanzinstitutionen. Der Kongress fordert eine weltweite Kampagne für die Verpflichtung dieser Institutionen zur Anerkennung aller aktuellen IAO-Normen, einschließlich der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen, bei all ihren Aktivitäten. Ferner sollte der IGB innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine Sachverständigengruppe zu den IFIs einrichten, um die bestmögliche Strategie zur Erreichung dieser Ziele zu entwickeln und die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern zu unterstützen. Der Kongress fordert den IGB zur Zusammenarbeit mit den GUFs auf, insbesondere mit denen, die Mitglieder im öffentlichen Sektor haben, um den von Organisationen wie IWF und Weltbank geförderten Programmen der Ungleichheit, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Schwächung der Sozialschutzsysteme entgegenzutreten. Der IGB sollte seine Erfolge beim Widerstand gegen die Maßnahmen dieser Organisationen publik machen. Die UNO und andere internationale Organisationen wie Weltbank und IWF müssen eine progressive Besteuerung unterstützen und öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitswesen, Elektrizitätsversorgung, Sanitäreinrichtungen und Wasserwirtschaft sowie Sozialversicherungssysteme stärken. Angesichts der negativen Bilanz öffentlich-privater Partnerschaften sollten diese Organisationen auf deren Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit verzichten.

AM WENDEPUNKT

111. Die Welt steht an einem Wendepunkt. Für sechzig Prozent des Welthandels sind mittlerweile multinationale Unternehmen verantwortlich, deren Konzernstruktur auf Ausbeutung, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen entlang von Lieferketten basiert, mit weit verbreiteten Verstößen gegen innerstaatliche Arbeitsgesetze seitens Lieferanten. Die Gewerkschaften müssen sich weltweit zusammentun, um für menschenwürdige Arbeit zu kämpfen.
112. Korruption, Steuervermeidung und die Verschmutzung von Boden, Luft und Wasser sind tief in der Weltwirtschaft verankert, und die großen Konzerne entziehen sich ihrer Verantwortung für eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, Beschwerdeverfahren und Abhilfe, wie in den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte gefordert.
113. Die größten Konzerne beschäftigen lediglich sechs Prozent der Arbeitskräfte, von denen ihre Profite abhängen, direkt, aber auch die 94 Prozent der Beschäftigten entlang ihrer Lieferketten, die im Verborgenen arbeiten und weltweit zu immensem Wachstum beitragen, müssen einen gerechten Anteil an den Produktionsgewinnen

und dem erwirtschafteten Vermögen erhalten. Infolge der wachsenden Bedeutung großer Technologiekonzerne verändern sich die Unternehmensstrukturen. Unterdessen setzen multinationale Unternehmen die betrügerische Verlagerung von Profiten, die Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer ermöglichen und als Basis für Steuerzahlungen dienen könnten, zugunsten der Wohlhabenden in Steueroasen fort.

114. Die Unternehmensgewinne basieren allzu häufig auf minimalen Kosten und maximaler Flexibilität, was zu niedrigen Löhnen führt, von denen die Menschen nicht leben können, sowie auf Tätigkeiten, die Todesfälle, Verletzungen und Erkrankungen zur Folge haben. Extrem mobile, kostenorientierte und arbeitsintensive Sektoren wie das Baugewerbe sind in hohem Maße auf informelle und prekäre Beschäftigungsformen angewiesen. Auch die globalen Lieferketten sind zunehmend von informellen und prekären Tätigkeiten und sogar Kinderarbeit und Sklaverei abhängig. Die Fragmentierung der Verantwortung innerhalb der komplexen und vielschichtigen globalen Lieferketten hat zu einem 'Governance-Defizit' geführt, das überwunden werden muss. Die Unternehmen an der Spitze der Kette müssen verpflichtet werden, für die Achtung grundlegender Rechte und menschenwürdige Bedingungen auf allen Ebenen zu sorgen. Das beinhaltet Transparenz und Überwachung sowie ausgehandelte Verfahren und gesetzliche Bestimmungen, um die Einhaltung zu gewährleisten und Abhilfe zu garantieren.
115. Die Regierungen beugen sich den Forderungen der Unternehmen, Banken und Finanzmärkte. Sie lassen sich von Sparmaßnahmen ködern, die auf die gescheiterte Orthodoxie des IWF, der Weltbank und anderer Institutionen zurückgehen und die Arbeitnehmerrechte, die Löhne, den sozialen Schutz und öffentliche Dienstleistungen ins Visier nehmen.

EIN NEUES HANDELSMODELL

116. Wir befürworten ein auf sozialer Gerechtigkeit basierendes Handelsmodell. Wir lehnen von wirtschaftlichen Eliten in ihrem eigenen Interesse gesteuerte Handels- und Investitionsabkommen und Handelskriege ab. Handelsabkommen müssen die Arbeitnehmerrechte stärken und öffentliche Dienstleistungen schützen. Wir lehnen eine Freihandelsvision ab, die keinen fairen Handel beinhaltet, Beschäftigungs-, Nahrungsmittel-, Verbraucher- und Umweltstandards dereguliert, öffentliche Dienstleistungsbereiche wie das Gesundheitswesen profitgierigen multinationalen Unternehmen überlässt und ausländische Investoren bevorzugt berechtigt, demokratisch gewählte Regierungen zu verklagen, weil sie sich für die Interessen erwerbstätiger Menschen einsetzen. Wir fordern, dass Handelsabkommen sowie die Investitions- und Wettbewerbspolitik die Einhaltung der IAO-Normen belohnen, Sozialdumping untersagen und Bedingungen für einen gerechten Übergang beinhalten. Die IAO sollte die für die Auslegung verbindlicher sozialer Bestimmungen in Handelsabkommen zuständige Stelle sein, und der IGB wird auf die Aufnahme sozialer „Meistbegünstigungsklauseln“ in die Abkommen hinarbeiten, um für höhere Standards zu sorgen.

117. Arbeitnehmerrechte, einschließlich des Rechtes auf die Gründung von Gewerkschaften, des Rechtes auf Tarifverhandlungen und des Streikrechts, tragen entscheidend zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bei. Der IGB wird die Einbindung aller aktuellen IAO-Normen in Handelsabkommen unterstützen, um einen Wettlauf um die niedrigsten ordnungspolitischen Standards zu verhindern. Diese IAO-Normen sollten in Abkommen durch allgemeine Streitschlichtungs- und Beschwerdeverfahren mit Wirtschaftssanktionen im Falle von Verstößen einklagbar werden. Handels- und Investitionsabkommen sind bzw. müssen Instrumente sein für die wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Entwicklung, einschließlich der Vereinigungsfreiheit und des sozialen Dialogs, und den Nutzen der Menschen und ihrer Gemeinschaften im Auge behalten. Der IGB wird sich für eine geschlechtsspezifische Folgenabschätzung sowie für Klauseln für mehr Geschlechtergleichheit einsetzen und diese fördern. Der Kongress verpflichtet sich einem gerechten Welthandel mit dem Ziel, Menschenrechte zu den in Handelsabkommen enthaltenen Sorgfaltspflichten zu machen.
118. Die Regierungen der Entwicklungsländer schließen immer häufiger Freihandelsabkommen mit Industrieländern ab, die unausgewogen sind und die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rechte untergraben. Wir fordern die Einbeziehung der Freizügigkeit von Personen, eines Kompetenz- und Technologietransfers sowie von Entwicklungshilfe in diese Abkommen, um über rein wirtschaftliche Aspekte hinauszugehen.
119. Die Wirtschaft treibt derzeit eine neue Welle von Handelsabkommen voran, die die Globalisierungsregeln noch weiter in ihrem Interesse beeinflussen und über Zollfragen hinausgehen, um Regierungen in Bezug auf das Angebot öffentlicher Dienstleistungen und in ihren Regulierungsmöglichkeiten in Bereichen wie Gesundheit und Sicherheit, Datenschutz, geistigem Eigentum, Arzneimitteln, Finanzstabilitätsmechanismen und Umwelt einzuschränken.
120. Handelsabkommen müssen die Regulierungsmacht von Regierungen und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen respektieren. Die Gewährleistung eines allgemeinen Zugangs zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen muss Vorrang haben vor der fortschreitenden Liberalisierung, vor Privatisierung und Investorenrechten.
121. Diese Vereinbarungen untermauern die Unternehmensversion der Wettbewerbspolitik und führen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren ein, denen zufolge Staaten auf hohe Beträge verklagt werden können, wenn sie demokratische Mandate umsetzen. Die massive Überreichweite dieser bilateralen und plurilateralen Handelsabkommen untergräbt das multilaterale Handelssystem, und die Gegenreaktion der Öffentlichkeit läuft Gefahr, den Nährboden für Handelskriege zu schaffen.
122. Arzneimittel werden mit immensen öffentlichen Mitteln entwickelt und dann zu Preisen, die weit über den tatsächlichen Kosten liegen, verkauft. Der IGB fordert einen erschwinglichen Zugang für alle zu unentbehrlichen Arzneimitteln, die

denjenigen, die sie nicht bezahlen können, kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten.

123. Es bedarf einer Reform der Handelspolitik, der Rechte an geistigem Eigentum und der Wettbewerbspolitik, um gerechte Übergänge und menschenwürdige Arbeit zu ermöglichen und zu fördern. Internationale Handelsabkommen müssen Sozial- und Umweltklauseln beinhalten, die verbindlich sind und auf den relevanten IAO-Übereinkommen basieren.
124. Darüber hinaus fordern wir eine Reform der WTO, um verbindliche Verpflichtungen zu grundlegenden Arbeitnehmer- und anderen Menschenrechten aufzunehmen und in wirksamer Weise auf globale Überkapazitäten in Schlüsselindustrien einzugehen. Die Auffassungen des IAO-Überwachungssystems sollten für das WTO-Streitbeilegungsgremium verbindlich sein.
125. Nur durch diese tiefgreifenden Veränderungen am Handelsmodell werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon zu überzeugen sein, dass der Handel zu geteiltem Wohlstand führt und nicht zu einem Nullsummentausch, der viele in die rechte Ecke getrieben hat.

HOCHWERTIGE ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

126. Der Einfluss der Wirtschaft bewirkt zudem, dass die Regierungen und Institutionen an der Privatisierungs- und der Liberalisierungsideologie sowie am verfehlten Outsourcing öffentlicher Dienstleistungen festhalten. Wir bekräftigen, dass öffentliche Eigentümerschaft und Investitionen sowie eine demokratische Kontrolle ein angemessener Weg sind, um soziale Ziele zu erreichen, und fordern die Förderung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und eine progressive öffentliche Auftragsvergabe. Privatisierung und Liberalisierung, einschließlich abträglicher öffentlich-privater Partnerschaften, haben den Dienstleistungen, auf die erwerbstätige Menschen angewiesen sind, immensen Schaden zugefügt, die Ungleichheit durch die Bereicherung privater Konzerne vergrößert und zu einer größeren Unsicherheit und Niedriglöhnen für erwerbstätige Menschen geführt, vor allem in weniger wohlhabenden Ländern. Der Kongress lehnt die Demontage der vorhandenen Systeme der sozialen Sicherheit und darin enthaltene ungerechte Auflagen vehement ab und wird entschieden für die Verbesserung der vorhandenen Systeme kämpfen. Außerdem werden wir für Sozialschutz für alle kämpfen.
127. Der Kongress befürwortet die zentrale Rolle hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen für alle bei der Verwirklichung der Menschenrechte, der Bekämpfung von Ungleichheit, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung von sozialer Stabilität und Frieden. Der Kongress lehnt Privatisierungen und marktgestützte Lösungen für das Angebot unerlässlicher öffentlicher Dienstleistungen für alle ab. Der Kongress spricht sich gegen den Trend aus, Einschnitte in der öffentlichen Verwaltung vorzunehmen und politische Entscheidungen an Beratungsfirmen, Interessenvertretungen und private Anbieter abzutreten.

128. Der IGB wird sich gemeinsam mit den GUFs und den Mitgliedsorganisationen für hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle, u.a. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasser, Energie, Sanitäreinrichtungen, Justiz und unerlässlicher Sozialleistungen, und gegen sämtliche Formen von Privatisierung einsetzen.

EIN GERECHTES STEUERSYSTEM

129. Der Kongress lehnt die Prämisse des Steuerwettbewerbs zwischen den Ländern ab. Die defekte globale Steuerregulierung in Ordnung zu bringen, bedarf einer internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen. Der Hauptgrund für das Problem ist die falsche Prämisse, dass Unternehmen innerhalb derselben Gruppe Handel miteinander treiben, als wären sie auf einem offenen Markt. Nur ein einheitlicher Ansatz bei der Besteuerung multinationaler Konzerne wird greifen. Der IGB wird die Globalen Gewerkschaftsföderationen und die Mitgliedsorganisationen beim Kampf für Steuergerechtigkeit unterstützen. Das Versäumnis der Regierungen, global agierende digitale Konglomerate zu reglementieren und zu besteuern, ermöglicht das Entstehen von Machtmonopolen über viele Sektoren der Weltwirtschaft hinweg. Es fehlt am politischen Willen, bezüglich der arbeits-, steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen globaler digitaler Plattformen gesetzgeberisch tätig zu werden. Da sie „zu groß sind, um angetastet zu werden“, beherrschen sie den Markt und zerstören dadurch lokale Arbeitsplätze und Kleinbetriebe, und sie untergraben die Vereinigungsfreiheit und den Tarifprozess. Sie sammeln riesige Mengen personenbezogener Daten von Beschäftigten und Kunden, und ihr rücksichtsloses Verhalten kennt keine Grenzen.
130. Diese Unternehmen sind beispielhaft für die Mehrheit der globalen Konzerne, die grenzübergreifende Projekte nutzen, um sich ihrer Verantwortung für Arbeitnehmerrechte, Steuerzahlungen und die Umwelt zu entziehen.

EINE WELTWEITE LOHNKRISE

131. Für Millionen Menschen ist dringend eine Erhöhung des Mindestlohns auf ein Niveau erforderlich, von dem sie leben können und das zur Deckung der Grundbedürfnisse einer Familie ausreicht. Dies würde einen Bruchteil der Profite großer Unternehmen ausmachen, die mit jeder Arbeitskraft in ihrer Lieferkette Gewinne in Höhe von bis zu 17.000 USD machen.
132. Der Kongress beauftragt den IGB, die Regionalorganisationen und -strukturen zudem, sich in Zusammenarbeit mit Global Unions und den Mitgliedsorganisationen für menschenwürdige Löhne und Lohnerhöhungen in allen Teilen der Welt einzusetzen. In afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern sind existenzsichernde Mindestlöhne erforderlich, die auf den Kosten eines Warenkorb mit lebenswichtigen Gütern basieren, um einen Mindestlohn zu gewährleisten, von dem die Beschäftigten und ihre Familien in Würde leben können. Der IGB wird die Bemühungen des EGB um die Durchsetzung genereller Lohnerhöhungen in Europa, einschließlich seiner „Pay Rise“-Kampagne, unterstützen.



133. Auf dem Verhandlungs- oder gesetzlichem Weg festgelegte Mindestlöhne müssen zwar ein menschenwürdiges Leben garantieren, aber die Arbeitnehmer/innen müssen auch die Möglichkeit haben, über ihre Gewerkschaften ungehindert kollektive Verhandlungen über Löhne, die den wahren Wert ihrer Arbeit widerspiegeln, sowie über menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu führen.

UNTERNEHMERISCHE PROFITGIER BEKÄMPFEN

134. Die Macht der Unternehmen ist außer Kontrolle geraten. Das Modell unternehmerischer Profitgier und Korruption, für das Unternehmen wie Samsung stehen, die entschieden gewerkschaftsfeindlich sind, die Vereinigungsfreiheit verweigern und in ihren Lieferketten Hungerlöhne zahlen, muss enttarnt werden. Ihre Arbeitskräfte bezahlen mit ihrem Leben und ihren Lebensgrundlagen für ein Geschäftsmodell, bei dem Profite wichtiger sind als ihre Sicherheit und ihre Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben.
135. Dieses Geschäftsmodell muss durch konstruktive Arbeitsbeziehungssysteme im Einklang mit den IAO-Übereinkommen 87 und 98 ersetzt werden und menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz sowie stabile politische Rahmenbedingungen ohne Angst vor Repressalien beinhalten. Der soziale Dialog und Tarifverträge bieten eine einzigartige Möglichkeit, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und soziale und wirtschaftliche Fortschritte für alle zu erreichen. Tarifverhandlungen auf allen Ebenen, der soziale Dialog und das Prinzip der Dreigliedrigkeit sind zentrale Instrumente für die Bekämpfung von Ungleichheiten und müssen im Mittelpunkt dieser Systeme stehen.
136. Der Kongress bekräftigt, dass wir uns organisieren müssen, um die Regeln neu festzulegen. Der Kongress beauftragt den IGB, die Regionalorganisationen und -strukturen, in Zusammenarbeit mit Global Unions und den Mitgliedsorganisationen zu kämpfen für:
- ein IAO-Übereinkommen zu Lieferketten, einschließlich globaler Rahmenwerke mit Kernarbeitsnormen für grenzüberschreitende Verhandlungen und Tarifverhandlungen;
 - die wirksame Inkraftsetzung der IAO-Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen;
 - die Hinzurechnung der Arbeitsschutznormen der IAO zu den Kernarbeitsnormen;
 - eine obligatorische Sorgfaltspflicht für alle Lieferketten, einschließlich neuer Formen internationaler Dienstleistungsketten, mit Beschwerdeverfahren auf allen Ebenen und Abhilfe;

- ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte, untermauert durch wirksame Abhilfeverfahren;
 - den Ausbau der Nationalen Kontaktstellen für Beschwerden im Rahmen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen;
 - Einhaltungsmechanismen für eine bessere Inkraftsetzung internationaler Abkommen zwischen Global Unions und multinationalen Unternehmen;
 - internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen, progressive Steuergesetze und Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften, einschließlich eines globalen Steuerabkommens, eines globalen Anlagenregisters, eines effektiven Körperschaftssteuersatzes von mindestens 25 Prozent und letztendlich eines globalen Steuerorgans;
 - die Berücksichtigung der IAO-Normen, einschließlich der Kernarbeitsnormen, im öffentlichen Auftragswesen für von den IFIs finanzierte Infrastruktur-Großprojekte und im Rahmen der allgemeinen Auflagen der IFIs;
 - faire Handelsabkommen, die weder das multilaterale Handelssystem untergraben noch die staatlichen Regulierungsmöglichkeiten einschränken, nicht zu Privatisierungen ermutigen, die Demokratie nicht untergraben, keine Unternehmensinteressen verankern, keine Deregulierungsagenda fördern und keinerlei Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren enthalten.
137. Der IGB wird sich gemeinsam mit den GUFs für den Ausbau und die Nachbildung des Bangladesch-Abkommens über Brandschutz und Gebäudesicherheit und andere Formen rechenschaftspflichtiger, arbeitnehmergesteuerter Initiativen zur sozialen Verantwortung in Lieferketten einsetzen, um Rechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.
138. Dort, wo in offensichtlicher und substantieller Art und Weise gegen das Gesetz verstoßen wird, wird der IGB Mitgliedsorganisationen, die auf lokaler, regionaler oder internationaler Ebene Gerichtsverfahren anstrengen, bei Bedarf Unterstützung gewähren und den Mitgliedsorganisationen dabei helfen, ihre juristischen Kapazitäten auszubauen.
139. Der IGB, der TUAC und die GUFs stehen geschlossen hinter der Kampagne für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Lieferketten, einschließlich wirksamer Beschwerdeverfahren, um für Abhilfe zu sorgen, wie es die Leitprinzipien der UN für Wirtschaft und Menschenrechte vorsehen. Auf dieser Grundlage können große Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden, und es werden bereits gewisse Fortschritte erzielt, wie etwa mit dem *Loi de vigilance*-Gesetz in Frankreich, dem dreigliedrigen Pakt in den Niederlanden, dem Bangladesch-Abkommen, den OECD-Leitlinien zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht und den Verhandlungen über ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte. Diese Dynamik muss jetzt von allen Partnern aufrechterhalten und in konkrete Fortschritte in Bezug auf Sorgfaltspflicht und Zugang zu Abhilfe übertragen werden.
140. Unternehmerische Profitgier manifestiert sich durch den immer umfangreicheren Rückgriff auf Beschäftigte mit flexiblen und befristeten Arbeitsverhältnissen, anstatt unbefristete Festanstellungen vorzunehmen. Sie manifestiert sich zudem durch den

Einsatz von Cloud- und/oder Plattform-Beschäftigten und unfreiwillig 'Selbstständigen'. Der IGB wird sich darum bemühen, diese Beschäftigungsformen zu begrenzen, sicherzustellen, dass die Arbeitgeber keinen Vorteil dadurch haben, dass sie feste Verträge durch prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzen, und alle Beschäftigten, ungeachtet der Art ihres Arbeits- oder Vertragsverhältnisses, organisieren und ihnen Rechte verschaffen, einschließlich des Rechtes auf Tarifverhandlungen. Der IGB bemüht sich um die Förderung von Maßnahmen und Rechtsinstrumenten auf nationaler und internationaler Ebene, die betrügerischen Arbeitspraktiken in Lieferketten ein Ende setzen, um die Rechte der Beschäftigten ungeachtet ihres Beschäftigungsverhältnisses zu schützen. Maßnahmen in diesem Bereich sollten eine Priorität sein.

141. Der von Schweden initiierte und von der OECD und der IAO unterstützte Globale Deal schafft eine wichtige Grundlage für die Förderung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen mit multinationalen Unternehmen und sollte von der internationalen Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden.
142. Um die wachsende Kluft zwischen Arbeit und Kapital zu überwinden, bedarf es einer Änderung der Machtbeziehungen. Wir werden für einen neuen und innovativen Gesellschaftsvertrag kämpfen, um die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Dies beinhaltet:
 - eine Garantie für existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen;
 - Vollbeschäftigung mit sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplätzen sowie die Konzipierung einer arbeitnehmerfreundlichen Industriepolitik mittels dreigliedriger Verfahren;
 - Sozialschutz für alle und unerlässliche öffentliche Dienstleistungen für alle;
 - Gesetze, die Arbeitnehmerrechte garantieren, basierend auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Normen der IAO;
 - lebenslanges Lernen mit besonderem Schwerpunkt auf hochwertiger Arbeitnehmerbildung und -ausbildung;
 - Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung;
 - das Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung für Migranten und Flüchtlinge und
 - ein Ende von Körperschaftssteuerbetrug und Korruption.
143. Damit die Menschen und der Planet und nicht die Gewinne der Unternehmen an erster Stelle stehen, müssen wir die Macht über unser Arbeitnehmerkapital zurückgewinnen. Eine bewährte Möglichkeit ist die Verwaltung der Mittel für die Altersversorgung. Wir ermutigen die Mitgliedsorganisationen dazu, den Ausschuss für Arbeitnehmerkapital (CWC), eine Initiative des IGB, der GUFs und des OECD/TUAC, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen und den Informationsaustausch sowie gemeinsame Aktionen hinsichtlich des Arbeitnehmerkapitals zu fördern.

3. Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

144. Während das weltweite Vermögen in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent angewachsen ist und sich das weltweite BIP in den letzten 20 Jahren verdreifacht hat, grassiert die Armut weiter und nahezu eine Milliarde Menschen müssen nach wie vor mit weniger als 1,90 USD pro Tag auskommen. Die Armut unter Erwerbstätigen nimmt überall auf der Welt zu, und in Europa ist jeder sechste Mensch trotz Erwerbstätigkeit arm. Die Ungleichheit wird größer, und mehr als 70 Prozent der Menschen weltweit sind entweder überhaupt nicht oder unzureichend sozial abgesichert. Konflikte und wirtschaftliche Verzweiflung haben zu Migrations- und Flüchtlingsströmen historischer Ausmaße geführt, während die zunehmende Klimazerstörung und die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, einschließlich Pandemien und Epidemien, allgegenwärtige Bedrohungen bleiben.
145. Diese Realität hat neben der rapide voranschreitenden Digitalisierung, Automatisierung und Verschiebung auf dem Gebiet der Energie- und Produktionstechnologien immense Gefahren in der Arbeitswelt zur Folge, auch was sichere und gefahrenfreie Arbeitsplätze betrifft. Globale Verschiebungen bieten Möglichkeiten für gerechte Übergänge. Technologische Fortschritte in der Arbeitswelt werden begrüßt, solange die internationale Gewerkschaftsbewegung an der Gestaltung und Regulierung der Prozesse beteiligt ist und diese in verantwortlicher Weise vollzogen werden. Die internationale Gewerkschaftsbewegung will eine bessere Welt schaffen, und die Technologie kann dazu dienen, dies zu erreichen.
146. Ohne regulatorische Eingriffe und Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen bergen diese globalen Verschiebungen u.a. die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit, einer weiteren Intensivierung der Arbeit und noch mehr vertriebener Menschen.
147. Der Kongress bedauert die massive und wachsende weltweite Ungleichheit und fordert einen gerechten Übergang zu einer digitalisierten Wirtschaft ohne CO₂-Emissionen und mit Vollbeschäftigung sowie eine Zukunft der Arbeit, die nachhaltig, fair und frei von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Rasse, der Weltanschauung, der Religion oder aus anderen Gründen ist.
148. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird eine zunehmende Prekarisierung und Informalisierung der Arbeit unter dem Deckmantel der Innovation nicht akzeptieren und nicht zulassen, dass die Technologie die Beschäftigung polarisiert und die Ungleichheit irreversibel macht. Der IGB verlangt, dass sämtliche Veränderungen in der Welt der Arbeit im Rahmen gerechter Übergänge stattfinden. Die Veränderungsprozesse können und müssen der Mehrheit zugutekommen und dürfen nicht den Wohlstand und die Macht einiger weniger vermehren.
149. Der IGB lehnt eine Fragmentierung des Tarifprozesses ab und wird für zentralisierte und abgestimmte Tarifverhandlungen plädieren, wobei Ausnahmeregelungen auf betrieblicher Ebene nur dann zulässig sind, wenn sie die Arbeitsbedingungen

verbessern. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, dieses Recht auf allen Ebenen und bezüglich aller Themen, die für sie von Interesse sind, wahrzunehmen.

150. Der soziale Dialog setzt die Existenz und die wirksame Wahrnehmung des Rechtes auf Tarifverhandlungen und auf Vereinigungsfreiheit voraus. Der soziale Dialog geht somit über Tarifverhandlungen hinaus und kann Regierungen als Drittpartei auf verschiedenen Ebenen einbeziehen.

NEUE TECHNOLOGIEN

151. Die sich abzeichnenden technologischen Veränderungen mit vermutlich negativen Auswirkungen auf die Arbeitswelt angesichts der rapide voranschreitenden Digitalisierung werden neue Kompetenzen von den Beschäftigten verlangen. Automatisierung und Verschiebungen bei der Organisation der Produktionsverfahren führen zu noch mehr Unsicherheit für die Beschäftigten in Bezug darauf, wie ihre Arbeitsplätze von morgen aussehen werden, bezüglich schwindender Beschäftigungsmöglichkeiten, der Belastbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und der Zunahme der Ungleichheit durch den Lohndruck.
152. Die Digitalisierung eröffnet auch neue Möglichkeiten mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, Kompetenzentwicklung und Einkommen. Die Digitalisierung stellt eine neue wirtschaftliche und soziale Herausforderung dar, mit Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrukturen, die Wertschöpfungsketten und die Machtverhältnisse. Der Kongress äußert Besorgnis über die zunehmende Nutzung sozialer Netzwerke seitens extremistischer Gruppen jeglicher Art, um ein Klima der Angst, Stigmatisierung und Isolationismus zu schüren.
153. Der Kongress beschließt, dass dieser Übergang zu neuen Technologien durch solide Strategien, die Beteiligung der Sozialpartner mittels Tarifverhandlungen und staatliche Interventionen gestaltet werden muss und sich nicht ausschließlich an technischen Überlegungen und Profitstreben orientieren darf. Die Digitalisierung und Automatisierung müssen uns allen zugutekommen, u.a. durch hochwertigere Dienstleistungen und Produkte sowie die persönliche Weiterentwicklung bei der Arbeit. In dieser Zeit der zunehmenden Digitalisierung bekräftigt der Kongress, dass Arbeit keine Ware ist.
154. Eine im Tarifprozess ausgehandelte Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Hebel, um den technologischen Fortschritt in den Dienst des menschlichen Fortschritts zu stellen. Sie ist ein unerlässliches Mittel, um sowohl überarbeiteten Menschen, die keine Zeit für ein Privat- und Familienleben haben, als auch diejenigen, vorwiegend Frauen, zu helfen, die in Unterbeschäftigung, Prekarität und Teilzeitjobs gefangen sind. Eine kollektive Arbeitszeitverkürzung ist ein Instrument zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern und eines besseren Zeitmanagements.
155. Umfassende Einschnitte bei der Beschäftigungssicherung in Verbindung mit einer rücksichtslosen „**Uberisierung**“ der Wirtschaft schüren Ängste und Ungleichheit. Ohne Regulierung weiten die Plattformunternehmen informelle und andere Tätigkeiten, die nicht unter die regulären Arbeitsgesetze und den sozialen Dialog

fallen und nicht sozial abgesichert sind, auf Kosten menschenwürdiger, guter Arbeitsplätze immer weiter aus, wovon besonders Frauen betroffen sein werden.

156. Besonderes Augenmerk muss auf Beschäftigte in Plattformunternehmen und „Cloud“-Beschäftigte gerichtet werden, denen heute ein angemessener Anstellungsstatus, das Recht auf die Kontrolle über ihr geistiges Eigentum sowie grundlegende Rechte und Ansprüche, über die alle erwerbstätigen Menschen verfügen müssen, verweigert werden. Diese gezwungenermaßen als Selbstständige eingestuften Beschäftigten brauchen die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Organisierung und der Durchführung kollektiver Aktionen, da sich ihr Status nachteilig auf ihre Einkommen, ihre Rentenaussichten, ihr Arbeits- und ihr Privatleben auswirkt. Der IGB wird internationale Gewerkschaftsaktionen fördern, um die Gewerkschaften bei ihrer Organisierung und Vertretung sowie bei den Bemühungen um die rechtliche Anerkennung ihrer Rechte zu unterstützen.
157. Aus freien Stücken oder gezwungenermaßen freiberuflich tätige Beschäftigte sollten das Recht haben, Gewerkschaften beizutreten und müssen als Arbeitnehmer anerkannt werden. Sie müssen Tarifverhandlungen führen können, um Vertragspreise und damit einhergehende Konditionen festzulegen.
158. Datenriesen wie Alibaba, Amazon, Apple, Facebook, Google und Weibo beherrschen nicht nur zunehmend unsere Daten, sondern auch das wirtschaftliche und soziale Leben, und in vielen Fällen verzerren sie die Politik auf nationaler und internationaler Ebene. Wenn statt Menschen Algorithmen und künstliche Intelligenz die Kontrolle übernehmen, droht der Welt der soziale Zerfall. Der Kongress beschließt, die Regierungen für den Schutz der Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich zu machen und multinationale Unternehmen für den Datenschutz gegenüber ihren Beschäftigten, Kunden und der Gesellschaft allgemein zur Verantwortung zu ziehen. Die Menschen müssen die demokratische Kontrolle über ihre Daten behalten, um die Technologie für soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu nutzen, und die Beschäftigten müssen die Möglichkeit haben, eine aufdringliche Überwachung durch den Arbeitgeber am Arbeitsplatz und im Privatleben abzulehnen.
159. Technologische Fortschritte bergen das Potenzial, die größte Produktivitätssteigerung aller Zeiten zu bewirken, während die Schere zwischen dem Produktivitätswachstum und dem Lohnwachstum schon seit langem immer weiter auseinandergeht. Die Beschäftigten müssen mitentscheiden können, beteiligt sein, konsultiert und einbezogen werden, wenn neue Produktionsformen entwickelt werden. Alle Beschäftigten müssen die erforderlichen Fähigkeiten vermittelt bekommen, damit niemand zurückgelassen wird, wenn es zu technologischen Veränderungen kommt. Der Kongress verpflichtet den IGB zum Aufbau und zur Unterstützung eines Informations- und Erfahrungsaustausches mit Blick auf die Organisierung der Beschäftigten vor dem Hintergrund technologischer Fortschritte.
160. Für Entwicklungs- und Schwellenländer bedeuten die rasanten Fortschritte bei der Automatisierung und beim Einsatz von Robotern sowie die „Rückverlagerung“ der

Produktion in die Industrieländer, dass das Beschäftigungspotenzial expandierender Produktionskapazitäten begrenzt ist. Dadurch wird es schwieriger, für das Beschäftigungswachstum zu sorgen, das für die vielen jungen Menschen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt drängen, erforderlich ist.

161. Der IGB wird zudem die Globalen Gewerkschaftsföderationen und Mitgliedsorganisationen unterstützen, die gegen die unmenschliche Behandlung mobilisieren, der die Beschäftigten in riesigen Technologieunternehmen ausgesetzt sind, die keinen Unterschied zwischen Menschen und Robotern machen.
162. Die Zukunft der Arbeit muss eine Zukunft mit Beschäftigungssicherheit und Rechten sein. Veränderungen können nicht einfach vom Markt und von den technologischen Möglichkeiten diktiert werden. Die Regierungen müssen mittels des sozialen Dialogs angemessene industrie- und beschäftigungspolitische Strategien entwickeln, bei denen gerechte Übergänge garantiert sind, um echte Diskussionen und Verhandlungen über eine Veränderung der Arbeitsorganisation zu ermöglichen. Alle Akteure sollten an den strategischen Planungsprozessen beteiligt sein, und es sollte eine aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt werden, um den Nutzen des technologischen Wandels zu maximieren, neue menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und allen Beschäftigten, nicht zuletzt den von Ausgrenzung bedrohten, Umschulungs- und lebenslange Lernmöglichkeiten zu bieten. Die Systeme der sozialen Sicherheit und die Rentenpolitik müssen ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Bildungs- und lebenslange Lernmöglichkeiten müssen für Arbeitnehmer/innen aller Qualifikationsniveaus eingeführt werden. Der soziale Dialog und Tarifverhandlungen sind in der Vergangenheit der Schlüssel zu arbeitnehmerzentrierter Flexibilität und integrativer Innovation gewesen, und das muss auch künftig so sein.

KLIMAWANDEL

163. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf Nachhaltigkeit, aber die Regierungen müssen ehrgeizigere Ziele verfolgen und für Investitionen in Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang sorgen. Leben und Lebensgrundlagen gehen durch den Klimawandel verloren, und eine Welt mit einem Temperaturanstieg um mehr als 1,5 Grad Celsius ist unsicher und gefährlich für die Natur, die Gesellschaft und die Wirtschaft.
164. Die direkt betroffenen Beschäftigten müssen gerecht behandelt werden. Die Last des Wandels sollte nicht auf diejenigen entfallen, die am wenigsten in der Lage sind, damit fertigzuwerden, noch auf Industrien, die unweigerlich Einbrüche erleiden werden, oder auf die Entwicklungsländer, die mehr Energie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung benötigen. Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten müssen sicherstellen, dass Länder, die reich geworden sind, während sie Treibhausgase emittiert haben, zusätzliche Verantwortung übernehmen. Die Gewerkschaftsbewegung hat für die Verpflichtung der Staaten zu einem gerechten Übergang im Rahmen des Pariser Klimaabkommens gekämpft und sich durchgesetzt, und anschließend wurden

Leitlinien der IAO für einen gerechten Übergang beschlossen. Es muss jedoch mehr getan werden, um die Einhaltung des Abkommens zu gewährleisten.

165. Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert Investitionen in nachhaltige und CO₂-arme Technologien. Das bedeutet den globalen Einsatz innovativer und effizienter Industrien, erneuerbarer Energien und intelligenter Energienetze. Die internationale Gewerkschaftsbewegung sieht in dieser Entwicklung eine große Chance für neue und bessere Arbeitsplätze sowie für Wachstum und Entwicklung auf regionaler Ebene.
166. Die Kosten der Klimaschutzpolitik müssen auch innerhalb der einzelnen Länder gerecht verteilt werden. Die Klimaschutzpolitik darf nicht zu einer Vergrößerung der Einkommensungleichheiten führen.
167. Wir fordern die Staaten auf, die Folgen der Verteilung der Kosten und des Nutzens der Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel und eine Energiewende innerhalb der einzelnen Länder abzuschätzen.
168. Die Rekommunalisierung ist eine praktikable Strategie für eine sozial gerechte Energiewende, bei der die Menschen und nicht die Profite im Mittelpunkt stehen.

MENSCHEN AM HEBEL

169. Ohne gerechte Übergänge könnten die Gefahren des Klimawandels und der vierten industriellen Revolution größer sein als der enorme Nutzen und die Möglichkeiten, die die Technologie eröffnet. Ein gleichberechtigter Zugang zu hochwertiger Bildung, einschließlich lebenslangen Lernens, und gleichberechtigte Zugriffs- und Anwendungsmöglichkeiten im Hinblick auf Technologie sind unerlässlich für gerechte Übergänge. Besonders wichtig ist dies für die jungen Menschen, die derzeit ins Erwerbsleben eintreten.
170. Garantien für einen gerechten Übergang müssen bei allen globalen Verschiebungen im Mittelpunkt stehen, ob es um Klimawandel, technologische Neuerungen oder Migrations- und Flüchtlingsströme geht. Gerechte Übergänge erfordern:
 - Pläne für die Schaffung grüner Arbeitsplätze;
 - sichere Renten für ältere Beschäftigte, die sich einer Verlagerung oder Verdrängung ihres Arbeitsplatzes gegenübersehen;
 - Qualifizierungsmaßnahmen und Umgruppierungs-/Beschäftigungsgarantien für alle Beschäftigten, auch für diejenigen, die erstmals in den Arbeitsmarkt einsteigen, um die berufliche Mobilität zu fördern;
 - Garantien für menschenwürdige Arbeit: Arbeitnehmerrechte, existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen;
 - das Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung für Migranten und Flüchtlinge;
 - einen Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft und die Bekämpfung der zunehmenden Informalisierung der Arbeit;
 - Sozialschutz für alle, inklusive Einkommensschutz für alle;
 - Investitionen in hochwertige Arbeitsplätze und nachhaltige Gemeinwesen;

- die Inkraftsetzung des sozialen Dialogs und effizienter dreigliedriger Verfahren (IAO-Übereinkommen 144) und
 - stärkere Rechte der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung.
171. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht auf Unterrichtung und auf Verhandlungen mit Regierungen und Arbeitgebern, um sicherzustellen, dass im Falle aller wirtschaftlichen, ökologischen, demografischen und arbeitsbezogenen Veränderungen Maßnahmen für einen gerechten Übergang ergriffen werden. Der soziale Dialog und der Tarifprozess müssen von allen Regierungen, Arbeitgebern und sonstigen Institutionen als Grundlage für die Gewährleistung einer Zukunft der Arbeit, wie die Menschen sie sich vorstellen, respektiert und gestärkt werden. Die Initiative des Globalen Deals kann dazu beitragen, die für die Erreichung dieser Ziele notwendigen Impulse zu geben. Das IGB-Zentrum für einen gerechten Übergang kann dazu beitragen, dass Gewerkschaften, Regierungen, die Wirtschaft, Städte und die betroffenen Gemeinden zusammenarbeiten und dass Klimaschutz mit grünen, sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplätzen einhergeht. In all diesen Foren und bei all diesen Initiativen müssen die Übereinkommen und Empfehlungen der IAO als akzeptable Mindeststandards dienen. Investitionen in eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Bildung, einschließlich lebenslangen Lernens, sind unerlässlich für gerechte Übergänge. Die Höhe der Investitionen ist jedoch gegenwärtig absolut unzureichend, da die OECD-Länder lediglich 1,32 Prozent ihres BIP für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgeben und 4,4 Prozent für Bildung. Diese Investitionen müssen erhöht werden. Sozialschutz und Schutz für gefährdete Beschäftigte in Schlüsselsektoren sind zwar notwendig, aber unzureichend. Von grundlegender Bedeutung sind umfassende Investitionen in die Infrastruktur und in saubere Arbeitsplätze.
172. Gerechte Übergänge mit einer auf Frieden, Demokratie und Rechten basierenden Gesellschaft und einem funktionsfähigen und fairen Arbeitsmarkt sind nur möglich, wenn sie durch Investitionen in hochwertige Bildung für alle untermauert werden. Das erfordert:
- guten Unterricht, indem hochkarätige Bewerber/innen für den Lehrberuf gewonnen, gut ausgebildet und während ihrer gesamten Lehrtätigkeit durch fortlaufende berufliche Weiterbildung unterstützt werden;
 - hochwertige Lehr- und Lernmittel, einschließlich geeigneter Lehrpläne und integrativer Lehr- und Lernmaterialien und -ressourcen;
 - ein hochwertiges Lehr- und Lernumfeld: unterstützend, unproblematisch, sicher und gefahrenfrei, mit Einrichtungen, die dazu geeignet sind, die Schüler/innen zum Lernen zu ermutigen und den Lehrkräften einen effizienten Unterricht zu ermöglichen.

173. Die IAO-Kommission zur Zukunft der Arbeit wird ihren Bericht bei der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO im Jahr 2019 zur Aussprache vorlegen. Der IGB hat die Fachkompetenzen und Erfahrungen der Gewerkschaften hinsichtlich der Zukunft der Arbeit zusammengetragen und seine eigene Analyse und Agenda² für die Strategien und Maßnahmen erstellt, die notwendig sind, um das Potenzial neuer Technologien auszuschöpfen und sicherzustellen, dass das Fundament für die Zukunft auf den in der Erklärung von Philadelphia³ dargelegten bleibenden Prinzipien basiert.
174. Die Grundlagen für die Zukunft der Arbeit im Zusammenhang mit neuen Technologien müssen auf den Normen der IAO, dem sozialen Dialog und einem gerechten Übergang basieren, um Folgendes zu erreichen:
- Nutzung der Technologie zur Stärkung und nicht zur Schwächung der Beschäftigten sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen;
 - Förderung wirtschaftlicher und sozialer Inklusion;
 - Festlegung von Regeln zugunsten einer verbindlichen Rechenschaftspflicht der Unternehmen, unabhängig davon, wo und wie die Menschen arbeiten;
 - Ermöglichung übertragbarer Leistungen für alle Beschäftigten;
 - Inkraftsetzung einer gesellschaftlichen Betriebslizenz für Unternehmen zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und zur Sicherung des Beschäftigungsverhältnisses, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu schützen;
 - lebenslanges Lernen, um mehr gute Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen;
 - Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen, um Arbeitnehmer- und andere Menschenrechte zu garantieren.
175. Der Kongress bekräftigt, dass die Würde der Arbeit im Mittelpunkt unserer zentralen Werte steht und ist sich bewusst, dass die Wertschätzung aller Arten von Arbeit von den Gewerkschaften verlangt, für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu kämpfen.

4. Gleichstellung

176. Die weltweite wirtschaftliche Ungleichheit ist so groß wie nie zuvor und nimmt weiter zu. Sie schürt und wird geschürt durch soziale, politische und wirtschaftliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse und anderer Merkmale. Diskriminierung und die Verweigerung von Rechten sind Antithesen zur Solidarität, auf der die Gewerkschaftsbewegung basiert. Wirtschaftliche Ungleichheiten sind die Folge einer auf kommerzielle und finanzielle Dimensionen beschränkten Globalisierung, durch die alle Arten von Diskriminierung verschärft werden, vor

² https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/the_future_of_work_de.pdf

³ http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-berlin/documents/normativeinstrument/wcms_193728.pdf

allem jedoch Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft und des Geschlechts.

177. Der Kongress bekräftigt die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Nichtdiskriminierung und unsere Ablehnung geschlechtsspezifischer Gewalt überall. Ebenso treten wir Sexismus, Rassismus, Homophobie, Transphobie, Altersdiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Unterdrückung, wo immer sie auftreten, entgegen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird entschieden für soziale Teilhabe, gegen Diskriminierung von ethnischen Minderheiten und für Geschlechtergerechtigkeit in ihren eigenen Reihen, in den Arbeitsbeziehungen und der Politik kämpfen.

FRAUENRECHTE

178. Die Gewerkschaftsbewegung muss eine feministische Botschaft der Gleichstellung und Solidarität senden. Die zentrale Botschaft der Gewerkschafterinnen lautet: Count Us In! - Nicht ohne uns! Die Anliegen von Gewerkschafterinnen sind zentrale Gewerkschaftsanliegen. Frauenrechte sind Menschenrechte. Frauenrechte sind Gewerkschaftsrechte.
179. Der Kongress ist einer inklusiven und feministischen Gewerkschaftsbewegung verpflichtet, die die Unorganisierten organisiert, ob Wanderarbeitskräfte, Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, in Plattformunternehmen, in prekären, befristeten oder Leiharbeitsverhältnissen oder sonstigen Arbeitsformen, bei denen den Beschäftigten ihre Rechte und Schutzmaßnahmen vorenthalten werden.
180. Frauen liefern in jeder Hinsicht:
- Bildung für Frauen führt zu besser bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten und größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit, höheren Gesundheitsstandards für Familien und höheren Familieneinkommen.
 - Die Beschäftigung von Frauen ist einer der schnellsten Multiplikatoren für Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum.
 - Frauen tragen rund 10 Billionen US\$ an Löhnen zum weltweiten BIP bei, plus einen äquivalenten Betrag in Form von unbezahlter Arbeit und sogar noch mehr im Rahmen der informellen Wirtschaft.
 - Mit zunehmender Mobilität leisten Wanderarbeitnehmerinnen nicht nur einen Beitrag zu den Volkswirtschaften ihrer Aufnahmeländer, sondern durch Überweisungen auch zu denen ihrer Heimatländer, zu ihren Gemeinden und ihren Familien.
181. In der Arbeitswelt sind die Fortschritte für Frauen jedoch zum Erliegen gekommen. Die im vergangenen Jahrhundert erzielten großen Erfolge auf dem Gebiet der Frauenrechte sind in Gefahr und werden in einigen Ländern sogar wieder rückgängig gemacht. Die weltweite Frauen-Beschäftigungsquote beträgt 48,5 Prozent und ist angesichts der anhaltenden Auswirkungen der Sparmaßnahmen weiter rückläufig. Unbezahlte Pflege- und Betreuungstätigkeiten machen rund 9 Prozent des weltweiten BIP aus, und drei Viertel dieser Tätigkeiten werden von Frauen verrichtet. Der Wert dieser Arbeit sollte durch Sozialleistungen,

die denen im Falle bezahlter Tätigkeiten entsprechen, anerkannt werden. Wichtig ist zudem, festzuhalten, dass das Rentengefälle zwischen Männern und Frauen zum Teil 30-40 Prozent betragen kann.

182. Trotz eines verbesserten Zugangs zu Bildungsangeboten und ihrer Leistungsstärke sind Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert und bleiben in einigen Ländern und Sektoren die Ausnahme.
183. Lediglich 55 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter gehen einer formellen Beschäftigung nach, verglichen mit 77 Prozent der Männer. Das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle beträgt nach wie vor 23 Prozent und hat sich damit in den letzten 20 Jahren nur um knapp drei Prozent verringert.
184. Der Kongress fordert makroökonomische, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen, um das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle zu beseitigen und die Diskriminierung und den Ausschluss von Frauen und benachteiligten Menschen vom Arbeitsmarkt zu bekämpfen, u.a. durch Mutterschutz, bezahlten Elternurlaub, hochwertige öffentliche Pflege- und Betreuungsangebote für Kinder, ältere und kranke Menschen sowie eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung sowohl für Frauen als auch für Männer. Sowohl das Steuer- als auch das Sozialversicherungssystem sollte so konzipiert sein, dass die Erwerbsbeteiligung und die Beschäftigung von Männern und Frauen gleichermaßen gefördert werden. Es liegt im Interesse aller, sicherzustellen, dass das Steuer- und das Sozialversicherungssystem keine Anreize dafür schafft, keiner Erwerbstätigkeit nachzugehen.
185. Wenn die Frauenbeteiligung sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessert werden soll, ist es unerlässlich, dass die Regierungen Strategien entwickeln und umsetzen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu erhöhen, u.a. durch:
 - die uneingeschränkte Inkraftsetzung der IAO-Übereinkommen 100 und 111;
 - Sozialschutz für alle und die uneingeschränkte Inkraftsetzung des IAO-Übereinkommens 102 und der Empfehlung 202;
 - Maßnahmen für den Übergang von der informellen zur formellen Beschäftigung;
 - die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefalles;
 - ein Ende sämtlicher Formen von Diskriminierung;
 - die Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt;
 - die Sicherstellung eines größeren Einflusses der Beschäftigten auf ihre Arbeitszeiten und Arbeitsorte;
 - Investitionen in die Pflegewirtschaft und die Entwicklung von Strategien, die eine gleichberechtigte Aufteilung von Betreuungsaufgaben und Erwerbsarbeit unter Frauen und Männern fördern und ermöglichen;
 - eine attraktivere Gestaltung der Kinderbetreuung, indem sie hochwertiger, erschwinglicher und zugänglicher gemacht wird;
 - die Ermutigung der Arbeitgeber dazu, die Tätigkeiten anspruchsvoller zu gestalten und bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten;

- die Förderung der Vertretung von Frauen in sämtlichen Positionen und Berufen, auch im technischen Bereich, und
 - Unterstützung dabei, Unternehmen für potenzielle Mitarbeiterinnen attraktiver und durch Regeln und Anreize familienfreundlicher zu machen.
186. Der Kongress bekräftigt die Verpflichtung des IGB zu Bemühungen um eine repräsentativere Gewerkschaftsbewegung und die Erhöhung der Frauenbeteiligung auf allen Ebenen.
187. Bei der Organisation und Vertretung erwerbstätiger Frauen werden Fortschritte erzielt. Sechzehn IGB-Mitgliedsorganisationen haben über beträchtliche Erfolge bei der Erhöhung der Zahl ihrer weiblichen Mitglieder seit 2014 berichtet, um zwischen 2,5 Prozent und 23 Prozent. Der durchschnittliche Frauenanteil in den IGB-Mitgliedsorganisationen beträgt 42,4 Prozent.
188. Obwohl die Vertretung von Frauen in Führungspositionen weiter ausgebaut werden muss, ist der Frauenanteil an einer der beiden Spitzenpositionen von 12 Prozent im Jahr 2012 auf heute 14,4 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt beträgt der Frauenanteil an den höchsten Entscheidungsgremien der IGB-Mitgliedsorganisationen 28 Prozent.
189. Der Kongress beglückwünscht diejenigen Mitgliedsorganisationen, die sich für diesen Aspekt einer besseren Gleichstellung in ihren eigenen Reihen engagieren, und fordert die Gewerkschaften überall auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um sicherzustellen, dass erwerbstätige Frauen, einschließlich junger Frauen, innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen organisiert und umfassend vertreten sind, wie es die relevanten Bestimmungen der IGB-Satzung vorsehen.
190. Der Kongress fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, sich zur Erreichung einer Mindestzielgröße von 40 Prozent für die Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu verpflichten.
191. Der IGB wird zudem seine Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen, die Situation von Frauen an ihrem Arbeitsplatz zu verbessern, indem Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Altenpflege, eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung für Frauen und Männer und bezahlter Elternurlaub sowohl für Mütter als auch für Väter gefordert werden.
192. Der Kongress ist alarmiert angesichts des sich ausbreitenden weltweiten Phänomens der Frauentötung, einer extremen Menschenrechtsverletzung, die eine Gefahr für die Hälfte der Bevölkerung darstellt.
193. Der IGB wird geschlechtsspezifische Gewalt in all ihren Formen anprangern und hat umfassende Unterstützung für die Annahme eines IAO-Übereinkommens, begleitet von einer Empfehlung, zum Thema „**Gewalt** und Belästigung gegenüber Frauen und Männern in der **Arbeitswelt**“, mit besonderem Fokus auf der geschlechtsspezifischen Dimension der Gewalt, mobilisiert.

194. Der Kongress fordert die Annahme eines deutlichen IAO-Übereinkommens zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung, insbesondere sexueller Belästigung, bei der IAO-Konferenz im Jahr 2019. Der Kongress bekräftigt, dass es eine Priorität der Gewerkschaften sein muss, zu organisieren und die Gewerkschaftsaktionen zu verstärken, um Gewalt gegen Frauen und Männer bei der Arbeit zu beenden.

HAUSANGESTELLTE

195. Angesichts der Tatsache, dass eine von 25 erwerbstätigen Frauen als Hausangestellte tätig ist, vielfach unter ungeschützten und ausbeuterischen Bedingungen, ist offensichtlich, dass sie Unterstützung bei ihrer Organisation benötigen, damit sie ihr Leben verbessern können.
196. Die internationalen Bemühungen um die Organisation von Hausangestellten haben globale Solidarität geweckt, auch gegenüber Migranten, Angehörigen indigener Bevölkerungsgruppen und Farbigen, und die internationale Kampagne hat zu Rechten und Schutzmaßnahmen geführt, da 25 Länder das IAO-Übereinkommen 189 ratifiziert und weitere 49 Länder Arbeitsrechtsreformen beschlossen haben. Mittlerweile sind eine halbe Million Hausangestellte Gewerkschaftsmitglieder. Neue Technologien können Hausangestellten dabei helfen, den Weg in die formelle Wirtschaft zu finden, aber gleichzeitig bergen neue Arbeitsformen wie Crowdfunding und digitale Plattformen die Gefahr, sie wieder in die Informalität abzudrängen. Der Kongress bekräftigt die Notwendigkeit einer universellen Kampagne für gleiche Rechte für Hausangestellte und für die Ratifizierung und Inkraftsetzung des IAO-Übereinkommens 189, auch mit Blick auf Hausarbeit, die über digitale Plattformen organisiert wird.
197. Der Kongress verpflichtet sich zur fortgesetzten Unterstützung bei der Organisation von Hausangestellten sowie zu rechtlichen Rahmenwerken, die sie absichern und unterstützen.

BESCHÄFTIGTE IN DER INFORMELLEN WIRTSCHAFT ORGANISIEREN

198. Angesichts der zunehmenden Informalisierung der Arbeit und der Tatsache, dass ein Großteil der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft gefangen ist, bestätigt der Kongress, dass die Erhöhung der Gewerkschaftsmitgliederzahlen weiterhin eine Priorität für die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern ist. Die Organisation der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft sollte den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft unterstützen. Der Kongress fordert ein integriertes und integratives Konzept für den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft, indem die IAO-Empfehlung 204 uneingeschränkt umgesetzt wird, um die Löhne zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Beschäftigten in der informellen Wirtschaft als vollwertige zahlende Mitglieder in die Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Die Sozialpartner sind dabei maßgebliche Partner, um dem Konzept zum Erfolg zu verhelfen.
199. Der Kongress bekräftigt, dass sich alle Mitgliedsorganisationen der Herausforderung stellen und schutzlose, marginalisierte Beschäftigte organisieren

müssen, um für grundlegende Rechte, die Zahlung existenzsichernder Mindestlöhne und Sozialschutz für alle zu sorgen.

RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT BEKÄMPFEN

200. Die Gewerkschaftsbewegung kann auf eine stolze Geschichte zurückblicken, wenn es darum geht, Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu bekämpfen. Angesichts der Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, durch die das Fundament menschenwürdiger Gesellschaften und die Solidarität gefährdet sind, ist die Verpflichtung der Gewerkschaften zu Gleichstellung und Nichtdiskriminierung heute so wichtig wie eh und je.
201. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz bei der Arbeit oder in der Gesellschaft insgesamt, und der Kongress bekräftigt erneut, dass die Gewerkschaften überall auf der Welt weiter aktiv sein werden, um die Rechte aller Menschen ungeachtet ihrer Nationalität, Herkunft, Identität oder Ethnizität zu stärken und zu schützen, diejenigen enttarnen und verurteilen werden, die Intoleranz gegenüber anderen Rassen schüren, und mit anderen zusammenarbeiten werden, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf allen Ebenen entgegenzutreten. Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit und auf Gleichbehandlung.

WANDERARBEITSKRÄFTE UND FLÜCHTLINGE

202. Der massive Migrantenzustrom hängt mit strukturellen Ursachen zusammen, darunter Klimawandel, demografische Trends, Urbanisierung, fehlende gute Arbeitsplätze, extreme Armut, Verfolgung, Krieg, soziale und politische Unruhen. Viele Menschen verlassen ihre Heimatländer nicht, weil sie Wohlstand erstreben, sondern weil sie überleben wollen. Das Recht auf Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht, das geschützt werden muss. Eine andere große Herausforderung besteht darin, das Recht der Migranten auf den Verbleib in ihrem Heimatland in wirksamer Weise anzuerkennen. Entwicklungspolitische Maßnahmen müssen daher effizient und nachhaltig sein und die ungleiche Verteilung des Wohlstandes und des Wirtschaftswachstums reduzieren.
203. Der Kongress stellt fest, dass Migration zudem häufig auf die Nachfrage der Unternehmen nach billigen Arbeitskräften zurückgeht. Die Berücksichtigung der Kernarbeitsnormen der IAO im öffentlichen Auftragswesen und im Rahmen der allgemeinen Auflagen der Weltbank und anderer IFIs für die Projektfinanzierung sollte gefördert werden, um alle betroffenen Beschäftigten zu schützen.
204. Für Wanderarbeitskräfte und Flüchtlinge bedeutet die durch politische Extreme noch verschärfte Fremdenfeindlichkeit, dass das Leben und die Lebensgrundlagen von 150 Millionen Menschen, die nichts weiter wollen, als einen sicheren Zufluchtsort und das Recht auf Arbeit, in Gefahr sind. Trotz des Beitrages, den sie in ihren neuen Ländern leisten, sind viele von ihnen Ausbeutung, Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt, und es fehlt an grundlegendsten Schutzvorkehrungen. Besonders betroffen sind Frauen, die bis zu 44 Prozent der Wanderarbeitskräfte ausmachen.

205. Der IGB wird die Unterstützung für Mitgliedsorganisationen, die Wanderarbeitskräfte organisieren, ausbauen und sich gegen die Misshandlung und Unterdrückung von Wanderarbeitskräften einsetzen. Wir werden uns lautstarker um das Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung für Flüchtlinge und Migranten bemühen und an jedem Arbeitsplatz gegen Rassismus kämpfen.
206. Der Kongress befürwortet die IGB-Plattform zur Beratung in Anwerbungs-/Arbeitsvermittlungsfragen („**Recruitment Advisor**“) und in Verbindung mit anderen Initiativen von Mitgliedsorganisationen deren Ausbau, um sicherzustellen, dass die Arbeitsmigrant/innen ihre Rechte und die gesetzlichen Standards des Aufnahmelandes kennen und dass sie ihre Vermittlungsagenturen bewerten und mit Blick auf Unterstützung Kontakt zu Gewerkschaften und untereinander aufnehmen können. Wir begrüßen zudem das Engagement der Gewerkschaften, die für die Rechte von Migrant/innen eintreten und sagen den Organisationsinitiativen von Mitgliedsorganisationen sowohl in Entsende- als auch in Aufnahmелändern unsere Unterstützung zu.
207. Alle Wanderarbeitskräfte, auch temporäre Arbeitsmigranten, müssen die Möglichkeit haben, das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Tarifverhandlungen wahrzunehmen. Die IAO-Arbeitsmigrationsübereinkommen Ü97 und Ü143 sowie die UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sind zentrale Instrumente für die Organisation und den Schutz von Wanderarbeitskräften, und der IGB wird sich aktiv für ihre Ratifizierung einsetzen. Die IAO-Empfehlungen 86 und 151, der Multilaterale Rahmen der IAO für Arbeitsmigration und die Allgemeinen Grundsätze und operativen Leitlinien der IAO für faire Anwerbung bieten den Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften weitere Orientierungshilfen.
208. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im Jahr 2016 beschlossen, einen Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration auszuarbeiten, um Migration besser zu steuern, die Probleme anzugehen und den Beitrag von Migranten zu einer nachhaltigen Entwicklung zu untermauern.
209. Der Kongress ist sich bewusst, dass der ‘**zirkulären Migration**’ bei dieser Debatte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte und dass größere Anstrengungen unternommen werden sollten, um ihr Recht auf Gleichbehandlung, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen zu gewährleisten. In Sektoren, die arbeitsintensiv und extrem mobil sind, wie das Baugewerbe, oder die von saisonalen Einflüssen abhängen, wie die Landwirtschaft, greifen die Arbeitgeber auf prekär Beschäftigte zurück, die in manchen Fällen am besten als ‘**moderne Nomaden**’ beschrieben werden können. Sie ziehen von einem Projekt zum nächsten weiter, kaum oder überhaupt nicht abgesichert und der immensen Gefahr von Ausbeutung, Missbrauch oder eines Abrutschens in den informellen Sektor ausgesetzt. Zirkuläre Migration ist eine Form der Migration, auf die in den Diskussionen über den Globalen Pakt für Migration bisher nicht eingegangen wurde, obwohl diese Gruppe einen hohen Prozentsatz der prekär beschäftigten Wanderarbeitskräfte ausmacht.

210. Die IAO-Arbeitsmigrationsübereinkommen und der soziale Dialog müssen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Globalen Paktes spielen und die Annahme von Rahmenwerken für eine faire Lenkung der Arbeitsmigration auf allen Ebenen fördern, durch einen sozialen Dialog mit denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt an vorderster Front stehen: Ministerien, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Menschen in der Türkei sind mit der Aufnahme von 3,5 Millionen syrischen Flüchtlingen ein gutes Beispiel für eine solche Zusammenarbeit zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie internationalen Organisationen.
211. Gleichzeitig verhandeln die Regierungen über einen Flüchtlingspakt, der den allgemeineren internationalen Herausforderungen hinsichtlich des Schutzes von Flüchtlingen Rechnung trägt, wie etwa Vertreibungen infolge von Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten und Klimawandel. Zu klären ist nach wie vor die Frage der Wiederansiedlung und der Verantwortungsteilung. Fünfundachtzig Prozent aller Flüchtlinge weltweit halten sich in Entwicklungsländern auf.
212. Die Gewerkschaften können direkte Hilfe leisten, indem sie Migranten in ihre Reihen aufnehmen und sie dazu ermutigen, aktive Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Der Kampf für die Rechte von Wanderarbeitskräften ist nicht auf die staatliche Ebene begrenzt, sondern findet auch am Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften und in unseren Gesellschaften insgesamt statt.
213. Der Kongress verpflichtet den IGB zur Koordination des Migrationsdialogs auf globaler und regionaler Ebene. Wir bekräftigen die Verpflichtung des IGB zu dem Recht, Asyl zu beantragen, und zu einer Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und fordern für sie einen sicheren Zufluchtsort, das Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung. Wir erinnern an die Pflicht aller Länder, Menschen, die vor Kriegen, Unterdrückung, extremer Armut und den Folgen des Klimawandels flüchten, aufzunehmen und zu helfen.
214. Der Kongress unterstreicht, dass alle Arbeitskräfte Rechte haben, ungeachtet ihres Migrationsstatus, und fordert Maßnahmen, um zu verhindern, dass Arbeitskräfte ohne Papiere ausgebeutet werden. Sie haben das Recht auf eine faire Bezahlung, ein sicheres Arbeitsumfeld und wirksame Beschwerdeverfahren, um ihre Rechte einfordern zu können. Es müssen Wege gefunden werden, um sie aus der Irregularität herauszuholen und in die Gesellschaft ihrer Aufnahmeländer zu integrieren.

GLEICHSTELLUNG FÜR ALLE

215. Selbst in den Ländern, die Antidiskriminierungsgesetze und Maßnahmen zum Schutz von LGBTQI eingeführt haben, kommt es regelmäßig zu sozialer Ausgrenzung, Schikanierungen und Mobbing, ungerechtfertigten Entlassungen und anderen LGBTQI-feindlichen Vorfällen.

216. Obwohl keine genauen Zahlen veröffentlicht werden, verfügen viele Länder über zu wenige oder unzulängliche Gesetze, um der Situation transsexueller und intersexueller Menschen gerecht zu werden.
217. Die Gewerkschaften müssen eine Rolle beim Schutz der Menschen auf dem Arbeitsmarkt bzw. am Arbeitsplatz vor Diskriminierung, aus welchem Grund auch immer, spielen, indem sie Präventivmaßnahmen ergreifen und Chancengleichheit fördern.
218. Ebenso wenig können Gewalt und Diskriminierung gegenüber Arbeitskräften ethnischer Minderheiten, mit einem LGBTQI-, indigenen, Migrations- oder Flüchtlingshintergrund oder einer Behinderung toleriert werden.
219. Der Kongress gratuliert den an Kampagnen für die gleichgeschlechtliche Ehe beteiligten Gewerkschaften, u.a. in Australien, Kolumbien, Costa Rica, Irland, Großbritannien, Japan und den USA. Diese Bemühungen haben Menschen Hoffnung gegeben, die Menschenrechtsgarantien erweitert und für weltweite Solidarität gesorgt. Zu wenige Länder haben jedoch Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung bei der Arbeit oder in Bereichen wie Waren und Dienstleistungen, bei der Bildung oder beim Zugang zu Wohnraum verboten. Der IGB bekräftigt seine Verpflichtung gegenüber der LGBTQI-Gemeinschaft und die Notwendigkeit, dass alle Mitgliedsorganisationen die Herausforderung annehmen und sich aktiv um einen besseren gesetzlichen Schutz für LGBTQI-Menschen und -Beschäftigte bemühen und sich für die Gewährleistung dieses Schutzes in der Praxis einsetzen.
220. Der IGB beschließt, die Mitgliedsorganisationen weiter dazu zu ermutigen, den Kampf gegen LGBTQI-Diskriminierung in ihre Strategien und Aktivitäten zu integrieren. Er beschließt ferner, die Einrichtung einer gemeinsamen internationalen GUF-Arbeitsgruppe zu unterstützen und zu fördern, bestehend aus aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, die sich für die Verteidigung der LGBTQI-Rechte einsetzen, um Vorschläge für Aktionen und Aktivitäten zu entwickeln.
221. Für Menschen mit Behinderungen ist der Kampf sowohl für sozialen Schutz als auch für Einkommensgarantien angesichts der Sparmaßnahmen und der damit verbundenen Einschnitte bei den Renten, den öffentlichen Dienstleistungen und der sozialen Sicherung noch schwerer geworden. Behinderte Menschen werden doppelt diskriminiert. Sie haben es schwerer, eine Arbeit zu finden, und wenn sie eine Arbeit haben, verdienen sie weniger. Das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle ist für behinderte Frauen bis zu 22 Prozent größer als für nicht behinderte Frauen. Diskriminierung bei der Beschäftigung aufgrund einer Behinderung ist allzu häufig eine stille Realität, und die Gewerkschaften müssen sich für inklusive Arbeitsmärkte und Arbeitsplätze stark machen, an denen Rechte, die Menschenwürde und Gleichbehandlung garantiert sind.
222. Indigene Völker werden nach wie vor diskriminiert, selbst dort, wo eindeutige Gesetze und sogar Verträge vorhanden sind. In allen Regionen verfügen die Gewerkschaften über lange Traditionen, wenn es darum geht, für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen einzutreten. Der kanadische Gewerkschaftsbund

CLC unterstützt die öffentliche Untersuchung verschwundener und ermordeter indigener Frauen, und dies könnte den Gewerkschaften in anderen Ländern als Modell dienen.

223. Indigene Menschen sind organisiert, aber ihre Strukturen müssen anerkannt und respektiert werden. Zudem müssen sich die Gewerkschaften ihre eigenen Praktiken ansehen, auch dann, wenn sie staatliche Maßnahmen fordern. In zu vielen Gemeinschaften leben die Menschen in extremer Armut, haben keinen Zugang zu Sozialschutz und sind zudem der Gefahr eines Landraubs durch Großkonzerne ausgesetzt.
224. Der Kongress verpflichtet sich zur Unterstützung indigener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, u.a. durch eine Kampagne für die Ratifizierung und Inkraftsetzung des IAO-Übereinkommens 169, im Rahmen der zugesagten Bemühungen der Gewerkschaften um die rechtliche Anerkennung der Land-, Ressourcen- und kulturellen Rechte indigener Völker.

ARBEITNEHMER/INNEN ALLER ALTERSGRUPPEN

225. Junge Frauen und Männer machen einen beträchtlichen Teil derjenigen aus, die in Armut leben, obwohl sie eine Arbeit haben. Die Gefahr, dass sie arbeitslos werden, ist dreimal größer als im Falle älterer Arbeitnehmer/innen. Außerdem ist es wahrscheinlicher, dass sie unterbeschäftigt sind, prekäre Tätigkeiten verrichten, im informellen Sektor arbeiten oder bei der Arbeit ausgebeutet werden, indem sie bar bezahlt werden, durch unbezahlte Praktika, Unterbezahlung, Mobbing und Schikanierungen. Diese Umstände führen zu einer ungewissen wirtschaftlichen Zukunft für junge erwerbstätige Menschen.
226. Der Kongress verpflichtet sich zu Investitionen in die Organisationsarbeit und die Vermittlung von Führungskompetenzen für junge Arbeitnehmer/innen, um eine neue Generation gewerkschaftlicher Führungskräfte hervorzubringen und allen erwerbstätigen Menschen mehr Möglichkeiten für kollektive Aktionen zu verschaffen. Gewerkschaftsstrategien und -kampagnen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene sollten einen 'Generationstest' bestehen, um sicherzustellen, dass sie relevant für junge Arbeitnehmer/innen bleiben und Folgendes fördern:
 - gleichen Lohn für gleiche Arbeit, einschließlich desselben Mindestlohns für junge Menschen;
 - die Bekämpfung von Scheinausbildungen in Unternehmen ohne gleiche Vergütung oder vollkommen ohne Bezahlung;
 - Arbeitsplatzgarantien für junge Frauen und Männer ohne Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung (NEETs);
 - die Ausweitung des Sozialschutzes für Schulabgänger ohne Arbeit und
 - eine IAO-Norm in Bezug auf befristete Verträge, einschließlich Zeitarbeitsverträgen, und Diskriminierung aufgrund des Beschäftigungsstatus.

227. Der Kongress beauftragt den IGB und die Regionalorganisationen und -strukturen, in Zusammenarbeit mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen Maßnahmen zu ergreifen, um jungen Menschen gute Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, sie vor sozialer Isolation zu schützen und sie in die Gewerkschaftsbewegung zu integrieren.
228. Eine faire und gerechte Gesellschaft schützt ihre Beschäftigten auch dann noch, wenn sie im Ruhestand sind. Rentnerinnen und Rentner müssen auf ein beständiges Einkommen zählen können, ohne die negativen Einflüsse wirtschaftlicher Krisen oder anderer Entwicklungen zu spüren zu bekommen.
229. Insbesondere Frauen müssen Zugang zu angemessenen Rentensystemen haben, vor allem diejenigen, die in der Vergangenheit keine Festanstellung hatten, informell oder teilzeitbeschäftigt waren. Der IGB tritt für allgemeine Rentensysteme ein, die Einkommenssicherheit und Solidarität für alle garantieren.
230. Alle Menschen, auch schutzbedürftige Gruppen wie ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, Beschäftigte mit Behinderungen, prekär Beschäftigte und Alleinerziehende, sollten Zugang zu angemessener sozialer Absicherung und Unterstützung, bezahlbarem Wohnraum und Fürsorge haben. Der IGB fordert sozialen Basisschutz für alle, der wirklich alle absichert, ob es sich um ein formelles oder ein informelles Beschäftigungsverhältnis handelt.

DER KONGRESS BEKRÄFTIGT DIE ZENTRALE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN BEI DER GEWÄHRLEISTUNG VON RECHTEN, DEMOKRATIE, FREIHEIT UND EINER WELT, IN DER MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE EINE REALITÄT IST. DER IGB BESCHLIESST, DIE HERAUSFORDERUNGEN, VOR DENEN ERWERBSTÄTIGE MENSCHEN STEHEN, MIT MASSNAHMEN BEZÜGLICH DER VIER SÄULEN IN DIESER KONGRESSERKLÄRUNG ZU BEWÄLTIGEN UND DIE REGELN DER WELTWIRTSCHAFT NEU FESTZULEGEN. WIR WERDEN FÜR EINEN NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAG SORGEN, BEI DEM DIE MENSCHEN IM VORDERGRUND STEHEN. WIR WERDEN NIEMANDEN ZURÜCKKLASSEN.